Neue Broschüre zur Politik der GRF (KPD) erschienen

1 H 3752 CX

Seite 9

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 26. Juni 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz

Todesschuss und MG-Einsatz

„Handgranaten darf die Polizei nicht werfen" – „Innenminister entschärften den Gesetzesentwurf" – unter solchen und ähnlichen Überschriften berichtete die bürgerliche Presse über den Musterentwurf der Innenministerkonferenz für neue Polizeigesetze der Länder.

Gegen diesen Gesetzesentwurf, meist „Todesschußgesetz" genannt, hatte es in der Bevölkerung eine breite Empörung gegeben. Die Beruhigungspillen der bürgerlichen Presse, sollen dieser Bewegung jetzt, kurz vor der Verabschiedung entsprechender Gesetze in den Ländern, die Spitze nehmen. Aber dieses Ziel wird die Bourgeoisie nicht erreichen. Denn die „Entschärfungspropaganda" der Politiker und der Presse ist nichts als Demagogie.

Völlig unverändert blieb die Vorschrift über den Todesschuß!

Geschossen werden darf nicht nur auf Erwachsene, sondern auch auf Kinder unter 14 Jahren! Dazu heißt es im ursprünglichen Entwurf: „Gegen Personen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht 14 Jahre alt sind, dürfen Schußwaffen nicht gebraucht werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben ist."

Das ist wirklich der Gipfel des Zynismus! Welches Kind kann wohl einen bewaffneten Polizisten lebensgefährlich bedrohen? In Wirklichkeit ist dieser Passus nichts als ein gesetzlich vorformulierter Vorwand, mit dem Polizisten Schüsse auf Kinder „rechtfertigen" sollen.

An diesem Beispiel zeigt sich aber auch, was von ähnlichen „Einschränkungen beim Todesschuß" zu halten ist. Sie sind ebenfalls nichts als gesetzlich vorformulierte Vorwände. Wie diese „lebensgefährliche Bedrohung" der Polizei in Wirklichkeit aussieht, haben zig Polizeimorde gegen völlig Wehrlose in den letzten Jahren bewiesen. Hier sei nur an den Fall des Münchners erinnert, der Polizisten die Tür öffnete und dabei einen Löffel in der Hand hatte. Die Polizei sah in dem Löffel eine Waffe und schoß. – „In Notwehr", wie später „festgestellt" wurde.

Hunderte von Menschen wurden seit der Gründung der Bundesrepublik von der Polizei erschossen.

Fortsetzung auf S. 7, Spalte 1

Vorster-Regime erschießt über 100 Menschen

Revolutionäre Kämpfe erschüttern Vorster-Regime

In „South-West-Town", – Soweto –, einem der Ghettos der afrikanischen Bevölkerung von Johannesburg haben sich in der vergangenen Woche Zehntausende von Afrikanern zum Kampf gegen das rassistische Faschistenregime Vorsters in Südafrika erhoben. An der Spitze des Kampfes stand die Jugend, standen die Schüler. Es beteiligten sich dreizehn- bis vierzehnjährige Kinder. Die Truppen des Rassistenregimes eröffneten das Feuer und ermordeten mindestens 100 Afrikaner, darunter viele Kinder und Jugendliche. Über 1 000 Menschen wurden verletzt. Das ist das wahre Gesicht, des Regimes des Rassisten Vorster, der die Bundesrepublik besucht, um seinen besten Freunden, den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, Kissinger und Schmidt, die Hand zu drücken.

Schon seit Wochen hatten in Soweto mehrere tausend Schüler gestreikt. Sie protestierten damit gegen die hoffnungslose Überfüllung ihrer Schulen, den Mangel an Lehrern und vor allem gegen ein Dekret des Rassistenregimes mit dem „Afrikaans" als Unterrichtssprache für bestimmte Fächer eingeführt werden sollte. Die Einführung von „Afrikaans" ist ein rassistischer Willkürakt. Es ist die Sprache der Buren, eine Sprache der weißen rassistischen Oberschicht, die die Afrikaner unterdrückt und ausbeutet.

Am 17. Juni erheben sich die Schüler zum Kampf. Zehntausende von ihnen versammeln sich. Sie stürmen die Schulen und Verwaltungsgebäude des Regimes und seiner schwarzen Lakaien. Sie sind – noch – unbewaffnet. In diesem Moment eröffnen die Truppen des rassistischen Regimes das Feuer auf die Demonstranten. Mindestens 35 Schüler fallen ihren Kugeln zum Opfer. „Wir haben in die Menge hineingeschossen. Es nutzt ja nichts, über die Köpfe hinwegzuschießen", erklärte später zynisch ein hoher rassistischer Polizeioffizier. Von diesem Zeitpunkt an gleicht Soweto einem Hexenkessel. Den Schülern schließen sich Zehntausende weitere Afrikaner an. Sie bewaffnen sich mit Steinen und überschütten die Soldaten des Vorsterregimes mit Steinhageln. In den Straßen von Soweto werden Barrikaden errichtet. Zwei Tage lang kämpfen die Afrikaner von Soweto heroisch in offener Schlacht gegen einen Feind, der mit den modernsten Waffen ausgerüstet ist. In diesen zwei Tagen erhöht sich die Zahl der ermordeten Afrikaner auf über 60. Trotz der Überlegenheit der rassistischen Truppen, trotz der Tatsache, daß das Vorsterregime mehrere tausend Soldaten nach Soweto schickt, um die Kämpfe niederzuschlagen, gelingt es den kämpfenden Massen dennoch immer wieder, Verwaltungsgebäude zu stürmen und Fahrzeuge der rassistischen Truppen außer Gefecht zu setzen. Erst am 19. Juni gelingt es dem Regime, die Kämpfe in Soweto vorübergehend einzudämmen. Aber sie haben wie ein Fanal gewirkt. Überall im Land, in den Ghettos der großen südafrikanischen Städte, demonstrierten Zehntausende von Afrikanern gegen das rassistische Regime, errichteten Barrikaden und stürmten ebenfalls Verwaltungsgebäude. Auch hier eröffnete die Polizei das Feuer. Die Zahl der Afrikaner, die ihnen zum Opfer gefallen ist, ist nicht bekannt.

Das Volk von Azania hat sich noch nie mit der rassistischen Ausbeutung und Unterdrückung durch eine Handvoll Weißer und durch die ausländischen Imperialisten abgefunden. Die großen Demonstrationen, die Kämpfe in Soweto und anderen Städten zeigen, daß die Herrschaft des rassistischen Regimes auf schwachen Füßen steht. Das rassistische Regime hat deshalb auch in den letzten Tagen, unterstützt von den Imperialisten, zu der schon lange von ihm betriebenen konterrevolutionären Doppeltaktik gegriffen. Dem Blutbad und dem Terror folgten die betrügerischen Manöver. Unmittelbar nach den Massakern schickte das Regime seine schwarzen Lakaien, die Verwalter der „Bantustans" – „Heimatländer" – genannten KZs ins Rennen, um die Rebellion durch

Fortsetzung auf S. 10, Spalte 3



In einer begeisternden Atmosphäre fand am 18. 6. in Dortmund die erste Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania und seiner Befreiungsorganisation, des PAC, statt. Es kamen 700 Freunde und Genossen. Die Spendensammlung betrug über 4 000 DM.

ÖTV-Gewerkschaftstag

"Linke Töne" - reaktionäre Politik

Vor kurzem ging der ÖTV-Gewerkschaftstag zu Ende. Fernsehen, Presse und Rundfunk machten einen großen Rummel um ihn. Sie versuchten den Eindruck zu vermitteln, als seien Kluncker und Konsorten „antikapitalistischer" als die Bonzen der meisten anderen DGB-Gewerkschaften. Auch war die Rede von einem „starken linken Flügel" auf dem Gewerkschaftstag, der radikale Anträge, z. B. gegen die „Berufsverbotspraxis" gestellt habe. Was ist von diesem Bild, das die bürgerlichen Massenmedien aufgebaut haben, zu halten?

Im Hinblick auf die arbeiterfeindlichen, reaktionären Praktiken und Ziele gibt es keinerlei Unterschied zwischen dem Bonzenapparat der ÖTV und den Gewerkschaftsapparaten der übrigen DGB-Gewerkschaften. Kluncker und Co. sind genauso geschworene Feinde der Arbeiterklasse wie etwa Vetter oder Loderer. Darüber darf man sich nicht täuschen lassen, auch wenn Kluncker in seinen Fernsehauftritten häufig den „wilden Mann" markiert und wenn er von der bürgerlichen Presse als „besonders militanter Gewerkschaftsführer" dargestellt wird. Wie alle anderen Gewerkschaften servierte z.B. auch die ÖTV in den Tarifrunden der letzten Jahre stets Lohnraubabschlüsse, die zur zunehmenden Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter und anderen Werktätigen führten; in diesem Frühjahr beispielsweise schloß Kluncker mit 5% (bzw. 85 DM Mindestbetrag) ab. Und der ÖTV-Apparat hat genauso, wie die anderen Gewerkschaftsapparate hierzulande jeden Kampf der Massen gegen die Angriffe der Kapitalisten sabotiert und hinterhältig abgewürgt und unterdrückt. Genauso, wie etwa der Funktionärsapparat der IGM oder irgendeiner anderen DGB-Gewerkschaft ist auch der Apparat der ÖTV mit dem Finanzkapital und dem Bonner Staat verwachsen und verfilzt. Kluncker beispielsweise sitzt in den Aufsichtsräten mehrerer Großunternehmen (z.B. ist er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei der „Berliner Kraft und Licht"). Er kassiert genau wie Vetter oder Loderer jeden Monat Zigtausende DM Aufsichtsratstantiemen und ist wie sie selbst ein Kapitalist. Und der ÖTV-Funktionärskörper unterstützt die Bourgeoisie auch bei der Faschisierung. Z.B. indem er danach trachtet, jeden revolutionären Arbeiter aus der Gewerkschaft auszuschließen. So wurden seit 1972 246 Ausschlüsse gegen ÖTV-Mitglieder verhängt, wovon die meisten auf Grund der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" gegen revo-

Fortsetzung auf S. 5, Spalte 1

AUS DEM INHALT

Nato-Tagung in Brüssel 2
EG: Lebensmittelberge wachsen . . . 2
Preiserhöhungen in Ungarn 3
Kupfer aus Chile für Honecker-Clique . 3
S-Bahn in Westberlin 60% teurer . . . 3
H&H: Trotz Spaltung und Unterdrükkung, die Kollegen sind kampfbereit . 4
6 200 Anker-Kollegen auf der Straße 5
1951: Verbot der FDJ 6
Juso-Vorsitzende fordert Berufsverbot für Kommunisten 6
Bei Demonstration festgenommen: 10 Monate Gefängnis 7
Bildungswesen in China 8
Erklärung des Demokratischen Kampuchea (Kambodscha) 10
Indira Gandhi in Moskau 10
Rede des Genossen Gqobose, Vertreter des PAC 11
Bolivien: Bergarbeiter im Streik . . . 11

Nato-Tagung in Brüssel

Noch mehr Waffen gegen die Völker

Erst wenige Wochen sind seit dem Abschluß der Frühjahrstagung der Außenminister der Nato-Mitgliedsländer vergangen und schon begannen in Brüssel zwei neue Frühjahrstagungen des aggressiven Nato-Blocks. Es handelt sich dabei um die Treffen des „Verteidigungsausschusses" und der „Nuklearen Planungsgruppe", an denen jeweils die Verteidigungsminister teilgenommen haben.

Beide Treffen dienten denselben Zielen: die Hegemonie und das Diktat des amerikanischen Imperialismus gegenüber seinen Verbündeten zu verstärken, den aggressiven Nato-Block im Rahmen der Rivalität des US-Imperialismus mit der anderen imperialistischen Supermacht, der Sowjetunion, auszubauen und die Nato zu einer noch mächtigeren Waffe der Imperialisten mit den amerikanischen an der Spitze gegen die Freiheit der Völker Europas zu machen.

Um die Verstärkung der Nato durchzusetzen und eine möglichst vollständige Kontrolle über sie zu erreichen, schickten die US-Imperialisten ihren Verteidigungsminister Rumsfeld nach Europa. Schon in einer seiner ersten Erklärungen auf europäischem Boden verlangte er von seinen Partnern einen größeren Beitrag zum Ausbau der militärischen Schlagkraft der Nato. Er teilte mit, die Regierung Ford habe beschlossen, die Militärausgaben im nächsten Jahr um 9% zu erhöhen und fügte hinzu, er rechne damit, daß auch die anderen Länder ähnliche Beiträge leisten würden. Im Kommunique der Tagung des Verteidigungsplanungsausschusses heißt es dementsprechend unter Punkt 4: „Sie (alle Nato-Staaten) verpflichten sich, ihr Äußerstes zu tun, um zu gewährleisten, daß die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden." Dies wird in der Praxis in allen westeuropäischen Ländern eine verstärkte Militarisierung bedeuten, was schwere Auswirkungen für die breiten werktätigen Massen mit sich bringen wird.

Die amerikanischen Imperialisten richten alle ihre Anstrengungen darauf, was die Zahl und die Qualität ihrer Waffen usw. angeht, nicht gegenüber dem russischen Sozialimperialismus ins Hintertreffen zu geraten. Im Zuge der allgemeinen Verschärfung der Rivalität zwischen den beiden Supermächten und des zwischen ihnen stattfindenden unglaublichen Wettrüstens, haben sie immer mehr Soldaten, Waffen, Raketen in den Ländern Westeuropas und besonders in unserem Land stationiert. Die Verlegung zweier Panzerbrigaden nach Norddeutschland zeigt das ebenso wie die jetzt von Rumsfeld angekündigte vollständige Erneuerung aller in Westeuropa stationierten amerikanischen taktischen Atomwaffen, von denen zugleich ein Teil auf die See verlagert werden soll, um eine größere Flexibilität zu erreichen. Zugleich konnten die amerikanischen Imperialisten mit Genugtuung feststellen, daß auch die französischen Imperialisten ihre Integration in die Nato wieder verstärken, wobei sie sich ausgerechnet unser Land als „Schauplatz" für die „Vorwärtsverteidigung" Frankreichs auserwählt haben.

Wie immer konnten sich die amerikanischen Imperialisten auch diesmal bei ihren gegen die Völker gerichteten Plänen in allererster Linie auf die westdeutschen Imperialisten stützen, die sich davon nicht zuletzt eine Vergrößerung ihrer Macht und ihrer Stärke gegenüber den „kleineren" Nato-Ländern versprechen. Dies zeigte sich deutlich, als es um die militärische Hilfe für die Türkei und für Portugal ging. Neben den amerikanischen Imperialisten werden es hier in Zukunft die westdeutschen Imperialisten sein, die diese Länder mit Waffen und anderen militärischen Ausrüstungen versehen. Angesichts des Kampfes der Völker der Türkei und Portugals gegen den amerikanischen Imperialismus und besonders gegen die Nato sind diese Waffenlieferungen direkt gegen die Freiheit beider Völker gerichtet. Es ist daher ein um so größerer Hohn, wenn der Chef der italienischen Revisionisten, Berlinguer, zur gleichen Zeit erklärte: „Ich will, daß Italien ... nicht aus dem Atlantikpakt austritt. (...) Ich fühle mich hier sicherer ..." Klarer konnte Berlinguer seinen Verrat an den grundlegenden Interessen des italienischen Volkes nicht ausdrücken.

Aber das italienische Volk wie auch die anderen westeuropäischen Völker erkennen den wahren Charakter des unter dem Oberkommando des amerikanischen Imperialismus stehenden Nato-Blocks immer klarer. In Griechenland, der Türkei, in Portugal, Italien, Frankreich, in Island und auch bei uns in der Bundesrepublik verstärken die Werktätigen ihren Kampf gegen die Nato-Besatzertruppen, gegen die Stützpunkte, gegen die Einmischungen und Drohungen des Nato-Blocks. Die Freiheit und Sicherheit der Völker Westeuropas kann niemals gemeinsam mit der Nato erkämpft werden. Im Gegenteil. Die Freiheit und die Sicherheit der Völker Westeuropas sichert einzig und allein der revolutionäre Kampf der Völker gegen die Nato und gegen die mit ihr verbundene einheimische Bourgeoisie.

EG: Lebensmittelberge wachsen

Milch, Fleisch, Tomaten werden immer teurer

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind in den Läden beinahe Woche für Woche in die Höhe geschraubt worden. Ein Pfund Tomaten ist inzwischen so teuer wie nie zuvor: je nach Güteklasse zahlt man zwischen 1,30 bis 3 DM pro Pfund. Nicht anders mit anderen Gemüsesorten. Frühkartoffeln haben ebenfalls neue Spitzenpreise. Während so auf der einen Seite die landwirtschaftlichen Produkte immer schwerer erschwinglich werden, türmen sich in der Europäischen Gemeinschaft die „Überschuß-Berge" immer höher.

Während Tomaten in den Läden immer teurer werden, ist gerade aus Brüssel zu hören, das Tomatenmark türme sich bedrohlich zuhauf. Es scheint geradezu ein Widersinn zu sein: Milliarden Steuergelder werden ausgegeben, damit von den Agrarministern die Preise künstlich in die Höhe geschraubt werden können. Das heißt: Die Werktätigen in der EG zahlen dafür, daß sie sich Butter, Tomaten, Fleisch usw. immer weniger leisten können, Doch



Kartoffeln auf dem Schuttabladeplatz.

die Sache hat ihren eigenen Sinn: Denn auf diese Weise verdienen einige wenige Monopolkapitalisten der Nahrungsmittelbranche, deren Vertreter die EG-Agrarminister in Brüssel sind, am meisten, erzielen sie geradezu Höchstprofite. Denn sie können auf diese Weise nicht nur den Bauern Preise diktieren, die vor allem die Kleinbauern, aber auch mittlere Bauern in den Ruin treiben, sondern zugleich auf dem Lebensmittelmarkt durch künstliche Verknappung des Angebotes die Preise und ihre Gewinne in die Höhe treiben. 19,4 Milliarden – also fast die Häfte des 43 Milliarden umfassenden EG-Haushaltes – sollen nach dem letzten Beschluß des EG-Ministerrates allein zur Ermöglichung dieser Preiserhöhungen, für Subventionierung ausgegeben werden.

Doch damit nicht genug. Um die künstliche Verknappung durch Lagerhallen von Butter- und Fleischbergen, Milch- und Weinseen für die Kapitalisten der Nahrungsmittelindustrie zu finanzieren, sollen die Bauern jetzt durchweg an der Finanzierung des Milchpulverberges beteiligt werden. Betroffen werden davon vor allem natürlich die Kleinbauern und Mittelbauern.

Als die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, hieß es demagogisch in den Gründungsverträgen, daß nun eine Agrarpolitik betrieben werden solle, die die „Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung" und „angemessene Preise" für die Verbraucher zum Ziel habe. Die Tatsachen aber zeigen, daß die Klein- und Mittelbauern mehr denn je von einem „angemessenen Lebensstandard" entfernt sind, daß sie vielmehr zu Millionen in den Ruin getrieben worden sind und daß zum anderen die Preise für die werktätige Bevölkerung gerade auch bei Grundnahrungsmitteln unaufhörlich steigen.

Die EG ist weder ein Instrument, um den Kleinbauern und Mittelbauern den Verdienst sichern zu helfen, noch um die Lebensmittelpreise für die Werktätigen in der EG zu senken. Sie ist ein Instrument des Monopolkapitals, das sich in ihr zusammengeschlossen hat, um auf Kosten der Ruinierung von Millionen Kleinbauern und der immer schärfer werdenden Ausplünderung der werktätigen Verbraucher sich Profite zu verschaffen, wie sie sie zuvor niemals haben zusammenraffen können.

Ehre seinem Angedenken!

Am 1. Juni starb infolge schwerer Krankheit im Alter von 54 Jahren Genosse Mustafa Pajenga, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens.

Genosse Mustafa Pajenga nahm aktiv am antifaschistischen nationalen Befreiungskampf teil. Nach der Befreiung des Landes leistete er wertvolle Beiträge zum Aufbau des Sozialismus. Er war der erste Sekretär des Gebietsparteikomitees von Elbasan, Gjirokastra, Saranda, Kukes und Mat. Seit dem dritten Parteitag ist Genosse Mustafa Pajenga Mitglied des Zentralkomitees der PAA gewesen.

Kurz berichtet

GÖTTINGEN

Am 29. 5. 76 fand in Göttingen eine Veranstaltung der ROTEN GARDE zum Prozeß gegen den ROTEN MORGEN statt. Ca. 25 Genossen und Freunde waren anwesend, darunter auch Genossen des KBW und der GRF. Ein Genosse hielt eine Rede zu den Angriffen auf den ROTEN MORGEN und ging dabei auf die ständige Verschärfung der politischen Unterdrückung in Westdeutschland ein. Danach wurden Lieder gesungen und ein Gedicht vorgetragen. Ein Genosse des KSV verlas eine Grußadresse. Anschließend gab es eine lebhafte Diskussion. Eine Spendensammlung zur Unterstützung der Prozesse gegen den ROTEN MORGEN ergab über 40 DM.

GÖTTINGEN

Anfang Juni gründete sich in Göttingen der KSB/ML für den Bereich der PH sowie für die Uni. Das wurde unter anderem dadurch möglich, daß die ROTE GARDE einen beharrlichen ideologischen Kampf mit dem örtlichen KSV geführt hatte.

MÜNSTER

Am 16. 6. veranstaltete das „Kuratorium unteilbares Deutschland", eine der Revanchistenorganisationen des westdeutschen Imperialismus, an einem Denkmal in Münster eine Kundgebung zum „Tag der deutschen Einheit". Die ROTE GARDE und die Partei verteilten dagegen zunächst ein Flugblatt: „Kampf der revanchistischen Propaganda", das diese Veranstaltung als imperialistische Propagandaveranstaltung entlarvte und zum Kampf dagegen aufrief.

In welchem Geist sich diese Versammlung unter demagogischen Parolen wie „Einheit in Freiheit" versammelt hatte, zeigten schon allein die reaktionären Militärmärsche, mit denen diese Kundgebung eingeleitet wurde.

Die Kundgebung selbst wurde dann von Pfeifkonzerten und das Rufen revolutionärer Parolen übertönt. Die Reaktionäre mußten daher ihr auf einem Handzettel bekanntgegebenes Programm erheblich kürzen.

Die Polizei, die auf dieses Auftreten der Partei und der ROTEN GARDE nicht gefaßt war, versuchte die Genossen vergeblich einzuschüchtern, wagte es aber nicht einzugreifen. Viele Passanten begrüßten diese Aktion und lasen sich das Flugblatt interessiert durch.

ESSEN

Anläßlich des zweiten Todestages von Genossen Günter Routhier wurden nicht nur in Duisburg, sondern auch in anderen Städten Gedenkfeiern durchgeführt. Unter anderem in Essen. Dort versammelten sich am Freitag, den 18. 6. etwa 30 Freunde und Genossen der Partei und der ROTEN GARDE. Ein Vertreter der Partei erinnerte in seiner Rede noch einmal an die heldenhafte revolutionäre Haltung des Genossen Günter zu seiner Partei und zu seiner Klasse. Alle Genossen prägten sich das Vermächtnis des Genossen Günter ein, keine Illusionen in den Imperialismus zu haben, sondern ihn in der gewaltsamen Revolution zu zerschlagen. Der Vertreter der Partei wies darauf hin, daß die Partei trotz des Terrors der Bourgeoisie in den Jahren seit der Ermordung Günters gewachsen ist und sich immer fester um das Ziel, die sozialistische Revolution, zusammengeschlossen hat, so auch in Essen, wo erst in der Woche vorher die ROTE GARDE durch neue Genossen gestärkt wurde. Eine Sammlung für die Routhier-Prozesse ergab rund 130 DM.

Offen gesagt ...

Bezeichnend!

Berthold Beitz, der Vorstandsvorsitzende des imperialistischen Krupp-Konzerns, der als Sprecher der westdeutschen Imperialisten am letzten Tag des Gierek-Besuchs 14 Wirtschaftsabkommen und -vereinbarungen unterzeichnet hat, ist Träger des höchsten polnischen Ordens, den je ein Deutscher bekam, des Komandorium mit Stern des Verdienstordens der Volksrepublik Polen.

Diesen Orden hatte Beitz für sein Verhalten im 2. Weltkrieg in Polen erhalten. Er behauptet: „Ich habe mich im Krieg ganz normal verhalten, jeder andere hätte an meiner Stelle ebenso handeln müssen." „Normal" war sein Verhalten für die deutschen Faschisten, für Imperialisten und Völkermörder, die Polen überfallen hatten, die auf die bestialischste Art das polnische Volk niedermetzelten, das polnische Volk seines Landes und seiner Reichtümer beraubten.

Als kaufmännischer Direktor der Karpathen-Öl-AG in Boryslaw gehörte er zu den Naziverbrechern und ist mitverantwortlich für die Morde der deutschen Faschisten, für die Ausbeutung und Ausplünderung polnischer Arbeitssklaven und insbesondere jüdischer Häftlinge.

Heute ist Beitz einer der größten westdeutschen Imperialisten. Der Krupp-Konzern, den er führt, ist ein Symbol für den deutschen Faschismus, Imperialismus und Revanchismus und diese Ziele hat er auch heute noch im Auge.

Daß einem solchen Imperialisten und Naziverbrecher wie Beitz ein Verdienstorden von den polnischen Revisionisten verliehen worden ist, das zeigt offen, daß die polnischen Revisionisten unter Führung von Gierek aus dem gleichen Holz geschnitzt sind wie Beitz, auch wenn sie sich zehnmal Sozialisten und Kommunisten nennen. Ihre Taten beweisen das.

Gierek, der nach dem Aufstand der polnischen Arbeiter 1970 an die Spitze der Regierung trat, ließ die Führer des Arbeiteraufstandes kaltblütig ermorden. Die polnischen Revisionisten haben das ganze polnische Volk unter die Knute der russischen Sozialimperialisten gebracht.

Es ist heute so, daß diejenigen, die in der Tradition der Antifaschisten kämpfen, die damals von den Hitlerfaschisten in Polen verfolgt und brutal mißhandelt wurden, heute ebenfalls von den russischen Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie in Polen verfolgt werden, während Nazi-Verbrecher wie Beitz, die unendliches Leid über das polnische Volk gebracht haben, noch mit Verdienstorden dafür belohnt werden.

Beitz besitzt übrigens nicht nur einen polnischen Orden. Er erhielt auch das Große Verdienstkreuz mit Stern für seine Verdienste beim Wiederaufbau des Krupp-Konzerns und dafür, daß er sich an der Aufhebung der Entflechtungsabkommen und der Verkaufsauflagen der Siegermächte verdient gemacht hatte, also am Bruch des Potsdam-Abkommens und der Wiedererrichtung des Imperialismus in Westdeutschland.

Was kann deutlicher zeigen als dieses gemeinsame Lob der polnischen und der westdeutschen Bourgeoisie auf einen beim Volk verhaßten Ausbeuter und Kriegsverbrecher, wem die kürzlich vielbeschworene „deutsch-polnische Freundschaft" zwischen Bonn und Warschau dient? Allein den Interessen der deutschen und polnischen Feinde des Volkes.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Revisionistenlügen über China – Tatsache ist

Kupfer aus Chile für die Honeckerclique

Ein „Dokument", welches „beweisen" soll, das China Waffen an die faschistische Pinochet-Clique gibt, geht in der revisionistischen Presse rund um die Welt. Am 6. Mai tauchte es in der „Nordscheinflamme" auf, einem hundertprozentig loyalen Sprachrohr der Sowjets in Schweden und in der NKP-Zeitung (Norwegische Revisionistische Partei) die „Freiheit" (24, bis 29. Mai).

Nach der „Nordscheinflamme" sind es die Chilenen, denen es gelang, in den Besitz dieses Dokumentes zu kommen und es zu fotokopieren. Die „Freiheit": „Das Dokument berichtet über ein Treffen vor einer Fachkomission mit Repräsentanten aus der VR China und der faschistischen Junta in Chile. Bei diesem Treffen einigte man sich über die Lieferung von Waffen aus China an Chiles Streitkräfte."

Dieses „Dokument" ist ebenso falsch, wie die Geschichte alt ist und wurde schon lange von China zurückgewiesen. Aus der „Nordscheinflamme" geht hervor, daß dieses „Dokument" zuerst in einer peruanischen „Zeitung" präsentiert wurde. Das ist auch das einzige, was richtig ist. Wie „Klassekampen" bereits in Nr. 30 diesen Jahres schrieb, handelte es sich nicht um eine beliebige Zeitung, sondern um ein Revisionistenorgan, kontrolliert von sowjetischen Studenten in Peru, eines aktiven Zentrums für die sowjetische Lügenkampagne über die Beziehungen zwischen China und Chile.

Keine wirtschaftliche „Hilfe"

China gab oder verkaufte niemals Waffen, noch gewährte es der Chile-Junta ökonomische Unterstützung. Wie wir hervorhoben, hält China die diplomatischen Beziehungen mit Chile auf einem minimalen Niveau aufrecht. Der Hinweis über „ökonomische" Hilfe an Chile hat folgenden Hintergrund: Als Allende Staatsminister war, führten China und Chile Verhandlungen über ökonimische Hilfe aus China. Diese Verhandlungen wurden nicht zu Ende geführt aus dem einfachen Grund, weil der faschistische Putsch zuvorkam. Danach wurden diese Verhandlungen nicht wieder aufgenommen.

Lüge über Waffenverkauf

China verkauft keine Waffen. Dagegen gibt es Waffen an Länder und Befreiungsorganisationen, die eine Hilfe in deren gerechtem Kampf ist. Zum Beispiel hat China kürzlich Waffenhilfe an Ägypten geleistet, nachdem die „Hilfe" der Sowjets teuer und unbrauchbar war. Nicht ein einziges Mal hat China dafür Bezahlung oder Gegenleistung verlangt.

Die Sowjetunion – mit den USA auf Platz zwei – sind die größten Handelsvertreter in Sachen Tod. Sie verkaufen Waffen an alle, die bezahlen können, teuer bezahlen können. Da Ägypten die Sowjetunion nicht „zufriedenstellend" bezahlte, stoppte sie den Waffenverkauf in der entscheidenden Phase des Krieges mit Israel. Heute berichtet die Revisionistenpresse über Chinas Waffenhilfe an Ägypten in heuchlerischen Worten, während sie gleichzeitig die frühere Rolle der Sowjets unterschlagen. Während die Sowjetunion in Angola Panzer an die MPLA lieferte, verkaufte sie gleichzeitig Antipanzergeschütze an die FNLA durch die tschechische Waffenexportfirma „Omnipol". China gab Waffen an alle drei Befreiungsorganisationen, solange sie gemeinsam gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfen. Später lieferte es an keinen der drei mehr Waffen.

Wie Feuer und Wasser

Das Ziel der Politik Chinas und der Sowjetunion in dieser Frage ist wie Feuer und Wasser. Während die Sowjetunion Waffen an jeden X-Beliebigen verkauft, der zahlen kann, leistet China Waffenhilfe ohne Bedingungen an Befreiungsbewegungen und Länder, die gegen den Imperialismus kämpfen. Wie in Vietnam, Laos, Kambodscha, Mozambique, Guinea-Bissao, SWAPO in Namibia und ANC in Zimbabwe. Der Zweck der revisionistischen Lügenkampagne über China und Chile ist klar: die eigene Verantwortung der Revisionisten für den blutigen Putsch verdecken. Mit offenen Augen ließen die Moskauer Revisionisten in Chile die Faschisten den Putsch vorbereiten, anstatt die Linie zu befolgen, das Volk zu bewaffnen, stand die Revisionistenpartei an der Spitze bei der Einsammlung aller Waffen.

Lehren aus Chile

Nach dem Putsch in Chile verbreiteten die Neuen Zaren im Kreml eine wahre Lügenkaskade über China, damit das Volk die wichtigste Lehre vergessen sollte. Der Putsch war eine neue Niederlage für die revisionistische Linie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus". Diejenigen, die diese Linie am aktivsten propagieren, tragen letztendlich die Verantwortung für die blutige Unterdrückung, welche die Pinochet-Junta heute in Chile betreibt.

Während die Revisionisten die Weltpresse mit Lügen über China und Chile füllen, unterschlagen sie ihre eigene Verbindung mit der Junta. Dieses Faksimile (s. Bild) zeigt die Be- und Entladepapiere über eine Ladung von 500 Tonnen Kupfer der Antofagasta Copper Corp., welches mit dem equadorischen Schiff Isla Puna von dem chilenischen Dorf Barqito nach Hamburg gebracht wurde und von dort weiter in die ostdeutsche Hafenstadt Rostock. Das Kupfer wurde am 7. November 75 geladen und am 9. Dezember auf den ostdeutschen Frachter „Tangerland" zum weiteren Transport nach Rostock umgeladen. Die ostdeutsche Staatsfirma „Deutrans", die hinter diesem Transport steht, hat, um die Herkunft des Kupfers (Chile) zu verheimlichen, den Transport über die brasilianische (!) Kupfergesellschaft Compania de Copre Salvador SCE laufen lassen.



(Diesen Artikel entnahmen wir aus „Klassekampen", Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten).

Ab 15. Juli

S-Bahn in Westberlin 60% teurer

Korrespondenz – Wer am 15. Juni früh mit der S-Bahn zur Arbeit, zur Schule usw. fahren wollte, der erlebte eine böse Überraschung. Auf den Westberliner Bahnhöfen wurde durch Aushang bekannt gemacht, daß die Fahrpreise für eine einfache Fahrt innerhalb Westberlin ab 1. Juli von jetzt 0,50 auf 0,80 DM erhöht werden. Nun gehört die Berliner S-Bahn der „Deutschen Reichsbahn" also den neuen Kapitalisten in der DDR.

Besonders interessant ist dabei Folgendes: Bekanntlich hat das Westberliner Nahverkehrsunternehmen BVG seine Preise am 1. April drastisch erhöht, so daß jetzt der Einheitfahrschein für Bus oder U-Bahn 1 DM kostet. Damals brachten das „Neue Deutschland", die SEW-Zeitung „Die Wahrheit", Rundfunk und Fernsehen der DDR Artikel und Sendungen, in denen sie diese Preiserhöhungen als Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen beklagten. Sie stellten dem die Verhältnisse in der DDR gegenüber, wo der Fahrschein immer noch 20 Pfennig kostet. Sicher, in der DDR traut sich die Honekker-Clique noch nicht, solche politische Reklamepreise, wie für den Nahverkehr oder für Brot direkt zu erhöhen. Aber schließlich werden die Subventionen, mit denen diese Preise künstlich so niedrig gehalten werden, ja den Werktätigen in der DDR auch von der neuen Bourgeoisie abgepreßt. Im übrigen sollen diese niedrigen Preise ja auch als Aushängeschild gegenüber dem Westen dienen. Die DDR-Revisionisten und die revisionistische SEW behaupten immer, die Reichsbahn sei der „einzigste sozialistische Betrieb in Westberlin". Aber jetzt sind dort, ebenso wie bei der BVG, die S-Bahnpreise heraufgesetzt worden. Vor wenigen Jahren kostete dort eine Fahrt noch 20 Pfennig, dann 30 und 50 Pfennig und jetzt wird der Preis für eine Fahrt gleich um 60% auf 80 Pfennig erhöht. Das zeigt, daß die Honecker-Clique keineswegs die Bedürfnisse der Werktätigen im Auge hat, wie sie behauptet, sondern – wie alle Kapitalisten – den Profit. Aus der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen so viel herauszuholen, wie möglich, das ist das Gesetz, das die neue Bourgeoisie der DDR antreibt.

Das spüren auch die Arbeiter und Angestellten der Reichsbahn. „Der Rote Reichsbahner", die Zeitung der Marxisten-Leninisten in der SEW für die Reichsbahn schreibt in seiner ersten Ausgabe dazu: „Wie sieht denn die Wirklichkeit bei uns aus? Überstundenschinderei – während gleichzeitig Einstellungsstop verkündet wird. Eine Fahrkartenausgabe nach der anderen wird dichtgemacht. Und das alles, während gleichzeitig die Bonzen in ihren Büros ein feines Leben führen und sich immer neue Möglichkeiten einfallen lassen, um uns noch besser auszupressen."

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR

auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321 004 – 547

Stichwort. KPD/ML Sektion DDR

Ungarn

Fleisch wird um 33% teurer

Am 1. Juli werden in Ungarn die Preise für sämtliche Fleischsorten um 33% erhöht. Kurz zuvor, im März, hat die ungarische Regierung mit ihren Moskauer Herren einen Zehnjahresvertrag abgeschlossen, wonach Ungarn einen Teil des russischen Erdöls und Erdgases mit Fleisch- und Getreidelieferungen zu bezahlen hat.

Die koloniale Abhängigkeit Ungarns von Moskau und die revisionistisch-kapitalistische Wirtschaft des Landes stößt das Volk in immer größeres Elend. Die wahnwitzigen Preiserhöhungen der letzten Jahre – Milch um 44%, Zucker um 50%, Fleisch um 33%, um nur einige zu nennen – zeigen den vollständigen Bankrott der revisionistischen Wirtschaftspolitik.

Um die stark wachsende Unzufriedenheit des ungarischen Volkes zu beschwichtigen und die Preissteigerungen als etwas hinzustellen, was im Interesse der Arbeiter und übrigen Werktätigen liegt, läßt die neue ungarische Bourgeoisie in der revisionistischen Presse des Landes zahllose Lügenartikel erscheinen. Greifen wir einen besonders unverschämten Artikel des Zentralorgans der revisionistischen Partei, „Nepszabadsag", vom 10. Januar dieses Jahres heraus:

Dort heißt es am Anfang, daß der Staat die Preise für Grundnahrungsmittel durch Subventionen niedrig hält und das Geld für diese Subventionen von allen Werktätigen „erarbeitet" wird. So weit, so gut, wenn man davon absieht, daß „erarbeiten" hier natürlich nichts anderes heißt, als daß dieses Geld den Werktätigen von der neuen Bourgeoisie abgepreßt wird. Dann heißt es wörtlich weiter: „Die Öffentlichkeit ist geneigt, die sehr hohe Subventionierung der Preise für Fleisch und Fleischerzeugnisse als soziale Maßnahme zu bezeichnen. In Wirklichkeit ist das aber nicht so, denn Familien mit niedrigen Einkommen konsumieren wesentlich weniger Fleisch und Fleischerzeugnisse als Familien mit höheren Einkommen und somit erhalten sie wesentlich weniger subventionelle Unterstützung."

Was für eine beklagenswerte „Ungerechtigkeit"! Da muß man doch einfach die Subventionen streichen – und die Fleischpreise dafür um 33% erhöhen.

Was kümmert es die neue Bourgeoisie Ungarns, wenn die „Familien mit niedrigem Einkommen", die Arbeiter und übrigen Werktätigen also, sich dann noch weniger Fleisch oder sich sogar gar keins mehr leisten können. Fleischlose Tage sind ja schließlich eine der neuesten „Errungenschaften" der Revisionisten. Das ist also übriggeblieben von dem von Chruschtschow und seinen Nachfolgern so gepriesenen angeblichen Gulaschkommunismus. Das „Gulasch", das die modernen Revisionisten den Werktätigen versprochen haben, befindet sich im Topf der neuen Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen ausbeutet und ausplündert.

Sowjetunion: Verstärkte Massenkämpfe

Wo Unterdrückung ist, ist Widerstand

In der letzten Zeit hat sich die Unzufriedenheit und der Widerstand der sowjetischen Volksmassen angesichts der revisionistischen Herrschaft deutlicher als je zuvor manifestiert.

Nach Informationen ausländischer Presseagenturen hat am 7. und 8. November, also am Jahrestag bzw einen Tag nach dem Jahrestag der Oktoberrevolution die Mannschaft eines sowjetischen Zerstörers, der mit Fernlenkgeschossen ausgerüstet war, gemeutert. Der Grund dafür scheint im Zusammenhang mit dem Aggressionskrieg der Sowjetunion gegen Angola zu stehen. Nach der Meuterei hat der Zerstörer den Hafen von Riga in Richtung auf das freie Meer verlassen. Die sowjetischen Revisionisten haben Kriegsschiffe und Flugzeuge ausgesandt. Die Meuterei wurde blutig unterdrückt.

In Leningrad haben rund 20 000 Arbeiter einer Fabrik für telegraphische Ausrüstungen am Eröffnungstag des 25. Parteitages der sowjetischen revisionistischen Partei einen Streik begonnen. Die sowjetischen Revisionisten haben Truppen und Polizei eingesetzt und die Führer des Streiks verhaftet und zu hohen Strafen verurteilt.

Erst kürzlich kam es in Riga, der Hauptstadt von Lettland, und in Irkutsk, einer Industrietstadt in Sibieren, zu Sabotageakten und zu Streiks von Arbeitern.

Empörte Massen zerschlugen die Schaufensterscheiben von Geschäften im Süden der Sowjetunion in Rostov, an den Ufern des Don und in Kiew in der Ukraine.

In Tiflis, der Hauptstadt Georgiens, häuften sich in diesem Jahr Brandstiftungen und Explosionen: Geschäfte wurden angesteckt, Häuser von Funktionären in die Luft gejagt. . . . Diese Aktionen haben offensichtlich das Ziel, gegen die sowjetischen Revisionisten zu protestieren, die im letzten Jahr unter verschiedenen Vorwänden, das Volk von Georgien grausam unterdrückt haben, und sind weiterhin gegen die verstärkt betriebene Russifizierung gerichtet.

Es ist klar, daß die hier genannten Fälle nur einige wenige sind, von denen Nachricht nach draußen drang. Aber sie beweisen bereits hinreichend, daß die Beteuerungen der sowjetischen Revisionisten über die angebliche Nichtexistenz von Klassen- und nationalen Widersprüchen in der Sowjetunion sowie über die angeblich bestehende vollständige Einheit auf der Grundlage politischer und wirtschaftlicher Pläne, reine Lügen sind, dazu bestimmt, die faschistische Diktatur zu vertuschen, die die bürokratische und monopolistische sowjetische Bourgeoisie ausübt.

(Aus „Rote Fahne", Peking).

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Personalrat sabotiert Kampf gegen Entlassung

Am 2. 9. 1975 wurde der Kollege Paul von der Bundesbahn entlassen. Angeblich wegen unentschuldigten Fernbleibens und weil er bei seiner Einstellung 1973 angeblich falsche Angaben über seinen Gesundheitszustand gemacht hätte. Beide Entlassungsgründe sind Lügen! Bei der Einstellung wurde Paul vom Bahnarzt gründlich untersucht und für bahndiensttauglich befunden und für gesund erklärt. Jetzt, zwei Jahre später, stellte die Bundesbahn diese Angaben als falsch fest. Pünktlich zur Entlassung waren dann auch entsprechende „Gutachten" von Ärzten vorhanden, die Paul aber nie zu Gesicht bekam.

Auf Anraten des Personalrates ließ sich Paul nach seiner Entlassung noch einmal gründlich von einem Facharzt untersuchen. Das Gutachten vom Facharzt stand im krassen Gegensatz zu dem „Gutachten" der vom Staat gekauften Ärzte.

Paul klagte beim Arbeitsgericht gegen seine Entlassung. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands stellte den Rechtsbeistand, aber das war nicht zum Vorteil von Paul. Vor dem ersten Prozeßtermin fand nicht einmal eine gemeinsame Vorbereitung statt. Der zweite Verhandlungstermin war dann am 13. 12. 75 in Hamburg. Vor dem Verhandlungstermin führte Paul gemeinsam mit einem Genossen und dem Personalratsvorsitzenden ein vorbereitendes Gespräch. Später war der Genosse verhindert und konnte auch beim Prozeß nicht dabei sein. Das nutzte der Personalratsvorsitzende aus und ließ sich von Paul sämtliche Papiere geben, die für den Prozeß von Bedeutung sein könnten, um angeblich den Prozeß vorzubereiten. Das führte dazu, daß sich Paul selbst nicht richtig vorbereiten konnte. Der Prozeß dauerte auch nur 10 Minuten und wurde weiter vertagt, weil die Ärzte, die das „Gutachten" für die Bundesbahn angefertigt hatten, nicht anwesend waren.

Der nächste Verhandlungstermin wurde dann für den 3. 6. 76 angesetzt, also sechs Monate später. Zu dieser Verhandlung gab Paul bei der DGB-Rechtsberatungsstelle in Hamburg drei Kollegen als Zeugen an, aber die wurden gar nicht erst geladen. Lediglich seine Frau wurde als Zeugin vorgeladen. Der Personalratsvorsitzende, der die Akten von Paul hatte, darunter befand sich auch das Gutachten des Facharztes, das die Lügen der Bahnärzte enthüllte, kümmerte sich überhaupt nicht mehr um den Fall, genausowenig wie die GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands). Als Paul den Personalratsvorsitzenden einmal vor dem 3. 6. 76 traf, sagte dieser ihm zwar einen Vorbereitungstermin zu, aber das war nur, um Paul hinzuhalten. Das Gespräch fand natürlich nicht statt. So konnte Paul sich auf die Angriffe der Bundesbahn, der Bahnärzte und der bürgerlichen Klassenjustiz kaum vorbereiten.

Den Prozeß hat Paul verloren. Der DGB-Prozeßvertreter ist nicht einmal zum Prozeß erschienen. Deshalb droht Paul auch noch eine Säumnisklage wegen Nicht-Erscheinen zum Prozeßtermin. Dieser Rechtsberater besaß jetzt sogar noch die Unverschämtheit, zynisch zu fragen, ob Paul denn nun noch seine Prozeßakten benötige.

Kann man sagen, der Personalrat hat versagt, die GdED hat Fehler gemacht? Kann man sagen, die Verschleppung der Prozeßvorbereitung war eine Nachlässigkeit, der Personalrat hätte es vergessen, die Akten zurückzugeben usw.? Nein! Der Personalrat ist bei der Bahn eine Einrichtung zur Durchsetzung der Interessen des kapitalistischen Staates und der Gewerkschaftsapparat ist ein Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterklasse. Der Personalrat hat das Vertrauen von Paul ausgenutzt, um seinen Kampf gegen die Entlassung zu sabotieren. Hier zeigt sich, wie richtig die Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage ist.

Durch die Erfahrungen, die Paul in diesem Kampf gewonnen hat, ist er zum Sympathisanten der KPD/ML geworden.

Ein Genosse aus Kiel.

Weniger Lohn- oder Du wirst entlassen!

Liebe Genossen!

Wir möchten euch hier ein Beispiel von der Elac in Kiel bringen, mit welcher Brutalität die Kapitalisten zur Zeit auf Kosten der Arbeiterklasse versuchen, ihren Profit zu erhalten. Dabei werden besonders unsere ausländischen Kollegen betroffen.

Ein türkischer Kollege, der hier mit seiner Familie (zwei Kinder) lebt, bekam bisher in der Teilefertigung einen Stundenlohn von DM 9,26. Nun wurde dort die Arbeit knapp und man versuchte ihn ins Lager abzuschieben. Er sollte nun erstmal probeweise dort arbeiten. Das dicke Ende kam natürlich. Der Kollege sollte unterschreiben, daß er im Lager mit einem Stundenlohn von 8 DM zufrieden wäre. Das bedeutet fast 220,–DM brutto weniger im Monat. Nur noch unter den größten Einschränkungen kann man mit einem solchen Gehalt die Familie durchbringen.

Der Kollege war zwar bereit im Lager zu arbeiten, nicht aber für weniger Lohn. Er verweigerte zweimal die Unterschrift. Dann wurde ihm sehr deutlich gesagt, daß er unter diesen Umständen gekündigt würde und seine Aufenthaltsgenehmigung ja zum Juni abläuft. Dies war eine deutliche und brutale Drohung und Erpressung. Der Kollege unterschrieb daraufhin. Obwohl dieser Lohnraub nicht verhindert werden konnte, kam es unter den Kollegen zu vielen Diskussionen und es herrschte große Empörung über diesen Vorfall.

Genossen von Elac.

"Chancengleichheit"- ein Hohn

Liebe Genossen!

Ich möchte euch mal berichten, welche Erfahrung ich mit der sogenannten „Chancengleichheit" gemacht habe.

Ich hatte mich für August dieses Jahres bei der Stadt um eine Lehrstelle als Gärtner beworben. Nachdem ich die schriftliche Prüfung mit weiteren 12 Bewerbern, von denen zwei eingestellt werden sollten, gemacht habe und mich auch nach schriftlicher Aufforderung vorgestellt hatte, wartete ich ziemlich lange auf den Bescheid. Ich habe dann Ende April bei der Stadt angerufen, und dort wurde mir gesagt, daß ich der dritte Mann wäre, also falls einer nicht annimmt, ich nachrücken würde. Ich würde demnächst Bescheid bekommen.

Ich habe dann natürlich alle Hoffnung aufgegeben, denn wer springt schon heute, bei dem knappen Lehrstellenangebot, ab. Das Wunder geschah dann doch! Ein Beschäftigter in der Gärtnerei sagte mir, daß tatsächlich einer der beiden abgesprungen sei und ich nachgerückt wäre. Da ich aber in der Zwischenzeit schon meine Papiere zurückerhalten hatte, bat ich meinen Bekannten, mal nachzufragen, wann ich Bescheid bekommen würde. Eine Woche später erfuhr ich dann, daß die Tochter eines Stadtbonzen, die ursprünglich nur ein Praktikum machen wollte, sich nun entschlossen hat, eine Lehre zu machen. Sie bekam die Lehrstelle natürlich, ohne jemals an dem sogenannten „fairen" Auswahlverfahren überhaupt teilgenommen zu haben. Und sie bekam die Stelle natürlich auf Kosten des dritten Manns, in diesem Fall auf meine.

Rot Front!

Eine Rotgardistin aus Bochum.

Heidenreich und Harbek: Stillegung beschlossene Sache

Trotz Spaltung und Unterdrückung die Kollegen sind kampfbereit

Die Stillegung der Werkzeugmaschinenfabrik Heidenreich & Harbek in Hamburg ist inzwischen beschlossene Sache. Damit werden mehr als 1 000 Arbeitsplätze vernichtet. Um den Kampf der Belegschaft gegen die Stillegung zu brechen, haben sich die Vertreter der Werksleitung, des IGM-Bonzenapparates und des Betriebsrates eine besondere Schweinerei ausgedacht: Der Sozialplan, den sie ausgehandelt haben, ist ein übles Machwerk, das genau darauf angelegt ist, die Kollegen zu spalten und sie mit schmutzigen Methoden einzuschüchtern.

Über die Stillegung von H&H berichteten wir bereits vor längerer Zeit im ROTEN MORGEN. Vor vier Jahren wurde die Hamburger Fabrik, die hauptsächlich Drehbänke herstellt, vom Gildemeisterkonzern geschluckt. Die Stillegung soll jetzt schrittweise bis Ende 1977 vollzogen werden. Gegen den brutalen Angriff auf ihre Arbeitsplätze und ihre Existenz setzten sich die Arbeiter mit zwei Demonstrationen und einem Warnstreik zur Wehr. Allerdings standen diese Kämpfe noch unter der Kontrolle des IGM-Bonzenapparates und der Arbeiterverräter, die im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper das Heft in der Hand haben.

Den Sozialplan, den sie als große „Errungenschaft" im Interesse der Belegschaft angepriesen haben, hat sich als ein raffiniert angelegtes Instrument erwiesen, mit dem der Kampf gegen die Stillegung gespalten, abgewiegelt und sogar in faschistischer Weise unterdrückt werden soll. Nicht nur, daß enorme Unterschiede bei den finanziellen Leistungen an die Belegschaftsmitglieder gemacht werden. Er enthält ausserdem noch eine Klausel, in der vorgesehen ist, daß derjenige, der in irgendeiner Weise gegen seine Entlassung (z. B. durch die Klage vor dem Arbeitsgericht) zu kämpfen versucht, oder gar aktiv für die Organisierung der Kampffront gegen die Stillegung eintritt, seinen Anspruch auf die Zahlung aus dem Sozialplan verliert. Unter anderem heißt es auch ausdrücklich in dieser Klausel, daß derjenige seinen Anspruch verliert, der fristlos oder „aus in seinem Verhalten liegenden Gründen fristgerecht gekündigt" wird.

Sicherlich kann man nicht bestreiten, daß es den Bonzen und Arbeiterverrätern gelungen ist, mit solch schmutzigen Methoden den Kampf gegen die Stillegung zu schwächen und unter einem Teil der Belegschaft Resignation zu verbreiten. Aber auf der anderen Seite erkennt eine wachsende Zahl von Kollegen anhand dieser Schweinereien, daß sich die Arbeiter und kleinen Angestellten gegen dieses Pack zusammenschließen müssen, daß man den Gewerkschaftsapparat und die Arbeiterverräter genauso kompromißlos bekämpfen muß, wie die Kapitalisten selbst, um im Kampf gegen die Stillegung Erfolge zu erzielen.

Revolutionärer Jugendvertrauensmann gewählt

Die Betriebszelle unserer Partei, mit ihrer Betriebszeitung „Setz an", führt einen beharrlichen Kampf, um unter diesen schweren Bedingungen die Kampffront im Betrieb zu stärken und die Kollegen gegen das Kapital, den Gewerkschaftsapparat und die reformistischen und revisionistischen Arbeiterverräter zusammenzuschließen. Daß unsere Genossen dabei trotz aller Schwierigkeiten Fortschritte erzielen, zeigt die letzte Betriebsversammlung: Ein Mitglied des Ortsvorstandes Hamburg der IGM wurde von einem Drittel der Kollegen ausgebuht und ein Redner der KPD/ML wurde von demselben Drittel mit Beifall unterstützt. Für die Bonzen und Verräter war das ein Alarmsignal. Als jetzt die Vertrauensleutewahlen unter den Lehrlingen anstanden und ein Sympathisant unserer Partei mit einem revolutionären Programm kandidierte, setzten sie alle Hebel in Bewegung, um die Wahl unseres Genossen und sein Eindringen in den Vertrauensleutekörper zu verhindern.

Sie entschlossen sich, die Wahl unter den Lehrlingen überhaupt zu verhindern. Den Vorwand, den sie dafür brauchten, fanden sie auch: die Beitragszahlung. Sie war nur bei 4 der organisierten Lehrlinge auf dem neuesten Stand, teils, weil viele aus Wut auf die Bonzen schon länger nicht mehr zahlen, teils, weil der Gewerkschaftskassierer die Beiträge schon seit über einem dreiviertel Jahr nicht mehr eingetragen hat. Letzteres war auch mit dem Beitrag unseres Genossen und der anderen zwei Kandidaten geschehen, die sich zur Wahl stellten. Die Vertreter des Gewerkschaftsapparates erteilten nur vier von insgesamt 80 Lehrlingen die „Erlaubnis" zu wählen und sie erkannten von keinem der bisherigen drei Kandidaten die Kandidatur an. Offensichtlich wollten sie über diesen Weg dann ein ihnen ergebenes Element als Vertrauensmann einsetzen.

Aber auf Initiative der ROTEN GARDE schlossen sich die Lehrlinge gegen diesen unverschämten Angriff des IGM-Bonzenapparates zusammen. Sie nahmen die Wahl in die Hände. Dabei sprengten sie im Interesse der klassenkämpferischen Einheit der Lehrlinge den Rahmen der IGM und führten die Wahl unter Einbeziehung auch der unorganisierten Kollegen durch. Von den 80 Lehrlingen beteiligten sich 72 an dieser Wahl. Es siegte der revolutionäre Kandidat mit einem Anteil von 43 Stimmen, das sind knapp 60%. Dies ist ein hervorragender Erfolg im Kampf um den Zusammenschluß der Lehrlinge gegen den reaktionären Bonzenapparat der IGM. Und der Erfolg ist um so höher einzuschätzen, als der Genosse mit einem klaren revolutionären Programm auftrat, welches von der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, unter den Lehrlingen verbreitet worden war.

Die Bonzen der IGM und die Verräter im Betriebsrat und Vertrauensleutekörper weigerten sich natürlich, die Wahl anzuerkennen und den revolutionären Vertrauensmann zu den Sitzungen des Vertrauensleutekörpers (VLK) zuzulassen. Aber die Lehrlinge ließen sich dadurch nicht entmutigen. Es zeigte sich jetzt, wie wichtig es war, daß der Genosse schon in seiner Erklärung aufgezeigt hatte, daß ein revolutionärer Vertrauensmann nur durch den entschlossenen Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat durchgesetzt werden kann und daß dieser entschlossene Kampf nach der Wahl weitergehen muß. Als vor wenigen Tagen die erste Sitzung des VLK nach der Wahl bei den Lehrlingen angesetzt war, begleiteten ca. 20 Lehrlinge ihren revolutionären Vertrauensmann, um den Kampf für seine Anerkennung weiterzuführen. Der Obmann der Vertrauensleute fuhr die Lehrlinge sofort an, sie sollten verschwinden, die Wahl könne nicht anerkannt werden usw. Als die Lehrlinge sich weigerten, trat der ebenfalls anwesende Bonze Grassmann vom Ortsvorstand Hamburg der IGM in Aktion. Er ließ eine wilde Hetze gegen den revolutionären V-Mann und gegen die Lehrlinge vom Stapel und drohte ihnen allen, wenn sie nicht sofort abziehen würden, würde er sofort dafür sorgen, daß sie alle ihre Entlassung bekommen. Die Lehrlinge und ihr Vertrauensmann verließen daraufhin unter Protest die Sitzung.

Das Verhalten der IGM-Bonzen war für viele Kollegen eine Lektion, die sie nicht mehr vergessen werden. Das, was unsere Partei und die ROTE GARDE über den arbeiterfeindlichen Charakter des Gewerkschaftsapparates von Anfang an gesagt hatten, wurde jetzt durch die Wirklichkeit genau bestätigt. Die Lehrlinge haben den Kampf nicht aufgegeben. Sie beharren nach wie vor darauf, daß nur der von ihnen selbständig gewählte revolutionäre Kollege ihr Vertrauensmann ist und bleibt. Sie werden jetzt noch aktiver und bewußter für eine klassenkämpferische Einheit der Lehrlinge und aller Arbeiter und unteren Angestellten im Kampf gegen die Stillegung von H&H eintreten.

Verfassungsschutz tritt auf den Plan
Empörung unter den Kollegen

Übrigens hat sich bei H&H vor kurzem ein Vorfall ereignet, der unter den Kollegen die Einsicht in die Rolle des bestehenden Staatsapparates als Instrument der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung des werktätigen Volkes wachsen ließ und der bei manchem Kollegen die Erkenntnis weckte, daß die KPD/ML nicht aus „Jux und Dollerei" den revolutionären Kampf gegen diesen Staat propagiert, sondern weil sie unbestechlich und kompromißlos die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Eine ehemaliger Jugendvertreter wurde von einem Mann angesprochen, der sich später als Angehöriger des „Verfassungsschutzes" zu erkennen gab. Er versuchte, den Lehrling als Spitzel anzuwerben, wobei es offenkundig hauptsächlich darum gehen sollte, den Einfluß der KPD/ML auszuspionieren. Der Lehrling ließ sich jedoch auf nichts ein. Vielmehr informierte er seine Kollegen im Betrieb und diese fertigten darüber ein Flugblatt an und verbreiteten es unter der Belegschaft im Betrieb. Diese Zettel hingen auch an den schwarzen Brettern im Betrieb. Es bildeten sich im Betrieb überall Gruppen von Kollegen, die sich über diese Sauerei empörten und darüber diskutierten.

"Bank für Gemeinwirtschaft" profitiert mit 6 200 Ankerkollegen auf der Strasse

Jetzt ist es endgültig heraus: sämtliche Arbeiter und Angestellten der Bielefelder Anker-Werke AG haben ihren Arbeitsplatz verloren. Das sind insgesamt rund 6 200 Kolleginnen und Kollegen (einschließlich der Beschäftigten der Verkaufsgesellschaften mit ihrem Kundendienst, der Berliner Tochterfirma Francotyp GmbH und der im Ausland befindlichen Anker-Betriebe). Im Bielefelder Hauptwerk sind 2 000 Beschäftigte betroffen.

Als Ende April für die Bielefelder Anker-Werke der Konkurs angemeldet worden war, wurden mit der Gründung der „Auffanggesellschaft" „ADS, Anker Data System GmbH" von den Kapitalisten, den Regierungsvertretern, den Vertretern des Gewerkschaftsapparates und der bürgerlichen Presse in hinterhältiger Weise falsche Hoffnungen geschürt: damit könne ein Teil der Arbeitsplätze gerettet werden. Jetzt wurde für die ADS der Vergleich angemeldet. Auf einer Betriebsversammlung im Bielefelder Hauptwerk am vergangenen Mittwoch (16.6.) wurde den Kollegen mitgeteilt, daß alle bis auf 422 Mann entlassen und bis zum Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist beurlaubt sind. Sie erhalten jedoch für diese 14 Tage keinen regulären Lohn mehr vom Konkursverwalter, sondern Arbeitslosengeld vom Arbeitsamt. Die Differenz muß eingeklagt werden. Nicht nur die schon entlassenen, auch die 422 Kollegen, die vorerst weiterarbeiten sollen, sind beschissen dran, denn es ist klar: wenn sie später entlassen werden, – was unabwendbar ist – werden sie es noch schwerer haben, eine Stelle zu finden. Wenn sie jedoch jetzt von sich aus kündigen, wird ihnen ja erst einmal für vier Wochen das Arbeitslosengeld gesperrt. Zynisch schreibt die „Neue Westfälische" von den „422 glücklichen Beschäftigten", während doch nichts anderes hinter diesem „Glück" steckt, als daß die Kapitalisten bis zum letzten Moment die Ausbeutung der Arbeiter betreiben und dadurch ein Maximum an Profit herausschinden wollen.

Und welche Kapitalisten sind es, die hier eifrig dabei sind, durch die gängigen finanztechnischen und wirtschaftlichen Tricks und Manipulationen ihr Schäfchen ins Trokkene zu bringen? Wie üblich sind es die Großbanken, die den Konkurs für ihre Bereicherung ausschlachten und dadurch an dem Elend Tausender ins Ungewissene geworfener Arbeiter Millionen verdienen. Eine Besonderheit ist, daß es neben der Dresdner Bank die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" ist, die mit ersterer zusammen zwei Drittel der Aktion des Konkursbetriebes in den Klauen hat. Das heißt: die gleichen Bonzen, die mit ihren Stillhalte- und Vertröstungsparolen, mit ihrer pseudoradikalen Demagogie und ihren heimtückischen Abwieglungsmanövern die Kollegen daran hinderten, geschlossene und wirkungsvolle Kampfmaßnahmen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze zu ergreifen, gehören den schmutzigen Kreisen der finanziellen Nutznießer an, die an der Anker-Pleite verdienen. Welcher Hohn ist es doch, wenn dann der 1. Bevollmächtigte der IGM in Bielefeld und SPD-Bundestagsabgeordnete Vogelsang auf der letzten Betriebsversammlung betonte, daß die IGM alles versucht habe, um die Arbeitsplätze bei Anker zu retten!

Ebenso ist es ungeheuerlicher Zynismus, wenn der Betriebsratsvorsitzende Ober sich auf dieser Versammlung brüstete, daß der Betriebsrat alles getan habe, um für die Kollegen „das Mögliche herauszuholen". Gerade der Betriebsrat hat in besonders widerwärtiger Weise an den schamlosen Machenschaften mitgewirkt, mit denen die Anker-Kollegen übers Ohr gehauen und bis aufs Hemd ausgeplündert wurden. Er hat nämlich die 20 Millionen DM aus der Zusatzkasse der Belegschaft rechtzeitig vor dem Konkurs an die Anker AG „verliehen", also Gelder, die aus den Beiträgen der Kollegen zusammengekommen sind. Angeblich sollte dieses großzügige Geschenk den Zweck haben, die Arbeitsplätze zu sichern und den Konkurs abzuwenden. Inzwischen sind diese 20 Millionen als einer der Fettbrocken beim Schlachtfest der Anker-Pleite in die Taschen der Großbanken, insbesondere der „Dresdner" – und der DGB-eigenen „Bank für Gemeinwirtschaft" gewandert, denn sie wurden dann sozusagen „automatisch" der Konkursmasse zugeschlagen. Aber damit noch nicht genug, stehen die Anker-Kollegen jetzt auch noch ohne jeden Sozialplan da! Noch nicht einmal das hat der Betriebsrat für sie rausgeholt. Aber ist es ein Wunder? Schließlich geht jeder Pfennig, der den Anker-Kollegen nicht aus der Tasche gestohlen wird, wiederum vom Reibach der „Bank für Gemeinwirtschaft" ab. So sehen die Taten des IGM-Betriebsrates aus.



Auf dieser Versammlung wird den Kollegen die Stillegung bekanntgegeben.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten der Anker-Werke wurden vom Kapital, von den Vertretern des Staates und vom DGB-Apparat nach Strich und Faden betrogen, ausgeplündert, verraten und verkauft. Hand in Hand haben diese offenen und versteckten Ausbeuter und „Arbeitnehmervertreter" ein raffiniertes Spiel getrieben, um aus der Anker-Pleite ein Maximum an Geldern herauszuholen, gleichzeitig die Arbeiter und Angestellten so lang wie möglich auszubeuten und sie bei all dem durch das Vorspiegeln falscher Tatsachen in Illusionen zu wiegen und so ihren Kampf gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze zu verhindern. Die Lehre aus dieser äußerst bitteren Lektion lautet: Nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen das Kapital, seinen Staat und dem mit beiden verfilzten DGB-Apparat können wir unsere Interessen verteidigen.

"Linke Töne" - reaktionäre Politik

Fortsetzung von Seite 1

lutionäre Kollegen ausgesprochen wurden.

Wenn die kapitalistische Propaganda den ÖTV-Gewerkschaftstag in besonderer Weise hochjubelt, dann hat das natürlich seinen besonderen Grund. Ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der ÖTV ist im Staatsapparat oder in mit ihm eng verbundenen Institutionen beschäftigt. Die Bourgeoisie hat ein großes Interesse daran, daß der Staatsapparat in seiner Funktion als Unterdrückungsmaschinerie zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterherrschaft gegen das arbeitende Volk nicht gestört oder beeinträchtigt wird. Von daher wird es leicht verständlich, warum die Kapitalistenklasse so sehr darauf bedacht ist, daß der Bonzenapparat der ÖTV, der ihr Handlanger innerhalb der Werktätigen ist, seinen Einfluß auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere auf die Teile, die zum Proletariat gehören oder mit ihm eng verbunden sind, nicht verliert. Auf der anderen Seite haben die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und Werktätigen im öffentlichen Dienst naturgemäß die Tendenz, ziemlich schnell eine politische Stoßrichtung anzunehmen. Der ÖTV-Apparat ist daher gezwungen, sich dementsprechend anzupassen und mit raffinierter politischer Demagogie seinen Einfluß unter den Kollegen zu wahren.

Wie verhält es sich jedoch mit dem angeblichen „linken Flügel" auf dem Gewerkschaftstag und im ÖTV-Apparat? Er steht hauptsächlich unter der Regie und dem Einfluß der D„K"P. Die „UZ", das Zentralorgan der D„K"P, stellte jetzt groß heraus: der ÖTV-Gewerkschaftstag habe sich mit einer Resolution gegen die Berufsverbote gestellt. Man fragt sich natürlich: wie läßt sich das denn mit den Gewerkschaftsausschlüssen gegen revolutionäre und klassenkämpferische Kollegen auf einen Nenner bringen? Die Antwort ist einfach: Wenn die D„K"P vom Kampf gegen die „Berufsverbotspraxis" spricht, meint sie keineswegs, daß Berufsverbote als solche bekämpft werden sollen. Im Gegenteil: Die sozialfaschistischen D„K"P-Führer sind für Berufsverbote, wenn sie nicht gegen die D„K"P gerichtet sind, sondern gegen Revolutionäre verhängt werden. Ebenso unterstützen sie auch die Gewerkschaftsausschlüsse gegen revolutionäre Arbeiter.

Unter den Mitgliedermassen der ÖTV herrscht nicht nur gegen die Berufsverbote, sondern auch gegen die Gewerkschaftsausschlüsse breite Empörung. Das wird durch die Tatsache dokumentiert, daß die ÖTV-Bonzen gezwungen waren, eine stundenlange Debatte auf dem Gewerkschaftstag zu dulden, bei der es um die Beschwerden von 22 klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen gegen ihren Ausschluß ging. Die Ausschlüsse wurden natürlich dennoch bestätigt.

Diese Empörung soll mit dem angeblichen Kampf der reformistischen und revisionistischen Verräter und Bonzen gegen „undemokratische Praktiken" wie z.B. die Berufsverbote in ein falsches Fahrwasser gelenkt werden. Liest man sich den Text der von der „UZ" bejubelten Resolution genauer durch, dann stellt man fest, daß hier keineswegs eine Abschaffung des Berufsverbotes gefordert wird, sondern nur eine bessere Bemäntelung desselben und seinen gezielteren Einsatz gegen Revolutionäre. Der „linke Flügel" auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV ist in Wahrheit genauso arbeiterfeindlich wie Kluncker selbst. Daß der ÖTV-Funktionärsapparat als Ganzes geschlossen dieselben reaktionären Ziele verfolgt, zeigt klar das Stimmenergebnis, mit dem Kluncker wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde: Von 595 abgegebenen Stimmen erhielt er 570. Ganze 19 Delegierte stimmten gegen ihn!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

VOR DREI MONATEN STARB EIN 59JÄHRIGER BAYER-KOLLEGE AN BLASENKREBS ER WAR NICHT DER ERSTE FALL!



Einige, vor allem ältere Kollegen, werden sich bestimmt noch an den Di-Betrieb Geb. M 23 erinnern können. In diesem Betrieb wurden seit 1937 Anilin und andere Grundstoffe für die Lackproduktion hergestellt.

Das scheint ganz normal und niemand hätte etwas dagegen einzuwenden, wenn nicht die Kollegen aus diesem Betrieb nahezu alle an der gleichen Krankheit zugrunde gingen. Diese fürchterliche und heimtückische Krankheit wird von den Ärzten „Anilin-Blase" genannt, und das heißt nichts anderes als – Blasenkrebs!

Der Kollege, der jetzt gestorben ist, litt auch an dieser Krankheit. 14 Jahre lang hat er in der Anilinherstellung gearbeitet, solange bis 1971 der Betrieb von der Berufsgenossenschaft geschlossen wurde.

Aber warum wurde der Betrieb dichtgemacht?

Keineswegs aus Menschenfreundlichkeit der Kapitalisten – die kommen durch irgendwelche Hintertürchen doch wieder ans Ziel, um ihre Geldgier zu befriedigen – sondern allein, weil die Empörung über die erkrankten Kollegen immer größer wurde. Lange Zeit wurde natürlich abgestritten, daß die Ursachen für Blasenkrebs bei den Kollegen in den Arbeitsbedingungen zu suchen war, aber bald war es so offensichtlich, daß auch die Berufsgenossenschaft nicht mehr anders konnte und „Anilin-Blase" als Berufskrankheit anerkennen mußte.

Danach wurde es den Bayer-Kapitalisten zu mulmig, und man verlegte den Betrieb kurzerhand nach Spanien.

Und obwohl feststeht, welche Folgen das für die Arbeiter hat, wird das giftige Zeug ohne verstärkte Sicherheitsvorkehrungen weiter produziert, nur eben in einem anderen Land.

Hier versucht man seine Weste wieder etwas von dem Blut der Arbeiter zu reinigen. Aber zählt der Tod eines spanischen Arbeiters etwa weniger als der eines deutschen? Der Haß und die Empörung gegen diese Herren, die vorsätzlich unseren Tod in Kauf nehmen, um ihre Profite zu sichern, ist der gleiche, ob in Deutschland oder in Spanien.

Wie oft müssen wir noch deshalb an Gräbern stehen, wie oft noch fragen: „Bin ich der nächste?" Erschütternd waren die Szenen auf dem Friedhof in Leverkusen, die bange Frage auf den Gesichtern der Kollegen, die auch in Di-M 23 gearbeitet haben.

Fast alle, von denen, die noch leben, sind bereits in ärztlicher Behandlung. Und die Diagnose ist immer die gleiche: Blasenkrebs

Der Kollege, dessen Tod wir jetzt betrauern, hat eine Liste geführt, eine Liste aller, die mit ihm zusammen gearbeitet haben. Die Kreuze hinter den Namen wurden immer mehr und jetzt müssen wir auch hinter seinem Namen ein Kreuz setzen. Gestorben, weil den Ausbeutern Geld wichtiger ist als Leben.

Wie Hohn erscheinen dann auch die Todesanzeigen in der Werkszeitung. Erst lassen sie uns für ihre Profite schuften, bringen uns dafür ins Grab und dann wagen sie es noch durch ein paar warme Worte so hinzustellen, als wären wir eines natürlichen Todes gestorben!

„Anilin-Blase" – das ist kein Einzelfall!

Aber nicht nur bei Bayer gehen die Kapitalisten über Leichen. Erinnern wir uns nur an Dynamit Nobel in Troisdorf. Als sich nicht mehr verheimlichen ließ, daß die Arbeiter in der PVC-Herstellung an Leberschäden und Knochenmarkveränderungen erkrankten, machten sie die Produktion in Deutschland dicht, um sie in Südamerika wieder aufzunehmen.

In zig anderen Abteilungen bei Bayer herrschen Arbeitsbedingungen, die den Arbeitern und Angestellten schwere gesundheitliche Schäden zufügen. Im Pflanzenschutz, in dem Betrieb wo früher Mafu-Strips verpackt wurden, haben fast alle Frauen, die dort lange gearbeitet haben, Totaloperationen hinter sich. Die jüngeren fragen sich, ob sie jemals Kinder bekommen werden. Auf Grund der Proteste wurde die Betrieb nach Belgien verlegt.

In einer anderen Abteilung ist es ganz „normal", daß die Kollegen plötzlich blaue Lippen und starke Atembeschwerden bekommen. Etwas Sauerstoff und eine Spritze beim Sanitäter, dann werden sie wieder an die Arbeit geschickt.

Diese Verachtung unserer Gesundheit können wir nicht länger hinnehmen. Von selbst ändert sich da nichts. Den Betriebsrat bitten, sich dafür einzusetzen? Er wird in Verhandlungen treten, und entweder wird dann nach 1, 2 Jahren die Sache auf Eis gelegt, oder er handelt mit der Geschäftsleitung einen „Kompromiß" aus, der auf unsere Knochen geht oder die unserer ausländischen Kollegen in anderen Ländern. Wollen wir unsere Forderungen nach Schutzmaßnahmen durchsetzen, so hilft nur eins. Die Kollegen in den Abteilungen müssen sich geschlossen dahinterstellen und auch bereit sein, diese Forderungen mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen.

Der „Klassenkampf" wir Euch dabei nach Kräften unterstützen.

Meldungen aus den Betrieben

HDW/KIEL

Otto Böhm, Betriebsratsvorsitzender bei HDW in Kiel, hat einem Kollegen ins Gesicht geschlagen, meldet das „Bollwerk", Betriebszeitung der KPD/ML bei HDW. Vier Kollegen wollten sich beim Betriebsrat wegen schlecht verarbeiteter Sicherheitsschuhe beschweren. Otto Böhm pöbelte die Kollegen an: „Verschwindet! Raus hier!" Er schlug den Kollegen vor der Nase die Tür zu. Als ein Kollege die Tür wieder öffnete, um sich über das unverschämte Benehmen zu beschweren, schlug ihm Böhm direkt ins Gesicht und die Tür wieder zu. Höhnisch drohte Böhm dann noch mit dem Werkschutz. Die Roten Betriebsräte haben sofort eine Betriebsratssitzung gefordert mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Suspendierung von Otto Böhm. Das „Bollwerk" zeigt an diesem Beispiel auf, daß der Betriebsrat nichts anderes ist, als eine Einrichtung der Kapitalisten gegen die Arbeiter.

CASSELLA/FRANKFURT

Aus angeblich gesundheitlichen Gründen ist der kommunistische Kollege Horst R. bei Cassella entlassen worden. Die Klage gegen die Kündigung hat das Arbeitsgericht abgelehnt. Die Cassella-Kapitalisten haben behauptet, im ganzen Betrieb gebe es keinen Arbeitsplatz, den er trotz seiner Krankheit einnehmen könnte. Das Arbeitsgericht verlangte von Horst, wenn er das Gegenteil behaupten würde, dann solle er doch nachweisen, wo sich ein solcher Arbeitsplatz befinden würde. Horst zeigte auf, daß ein Arbeiter das natürlich schlecht schwarz auf weiß nachweisen könne. Daraufhin unterbrach ihn der Richter und behauptete, daß sei ja auch die Sache des Betriebsrates. Der Betriebsrat hatte aber die Kündigung selbst mit in die Wege geleitet und das wußte auch der Richter. Er sagte zynisch: „Das Gericht kann nichts dafür, wenn Sie den Betriebsrat verärgert haben, daß er sich nicht mehr für die einsetzt."

Horst hatte sich im übrigen schon im November 1975 für eine Umschulung als Programmierer angemeldet, weil Cassella Programmierer sucht. Die Ausbildung hätte 4 Monate gedauert, aber das sei, so entschied der Richter, den Kapitalisten nicht zuzumuten. Horst hätte zum Zeitpunkt der Kündigung mindestens den Ausbildungsvertrag in der Tasche haben müssen.

Horst zeigte auch auf, daß in den Firmen Curta und Riedel noch Arbeitsplätze vorhanden sind und die Firmen zu 100% zu Cassella gehören. Doch darauf antwortete der Richter nur: „Sie können doch nicht verlangen, daß auf selbstständige und unabhängige Unternehmen Druck ausgeübt wird."

All das zeigt, daß es den Kapitalisten und dem Arbeitsgericht hier nur darum geht, sich eines Kommunisten und kranken Kollegen zu entledigen. Die Betriebszeitung der KPD/ML, „Der Rote Kessel", zeigte anhand dieses Prozesses auf, daß die Arbeitsgerichte Einrichtungen der Kapitalistenklasse sind und die Gesetze der Kapitalisten gegen die Arbeiterklassen gerichtet sind.

Revisionistisches

VERSCHÄRFTE AUSBEUTUNG IN UNGARN

„Nepszabadsag" brachte am 30.5.1976 eine offenherzige Enthüllung über die Ausbeutung der ungarischen Arbeiter. Der Artikel läßt den Chef der Arbeitsvermittlung eines Großbetriebes zu Wort kommen, der zunächst feststellt, daß in seinem Betrieb in zwei Schichten gearbeitet wird. Wörtlich heißt es:

„Dies bedeutet, daß die Arbeiter durchgehend 12 Stunden arbeiten. Wie früher, als sie noch für den 3x8-Stundentag kämpften." Und das, wie der gleiche Herr zugibt, müssen viele Arbeiter die ganze Woche hindurch, einschließlich Samstag und Sonntag tun.

Nachdem dieser Herr so offenherzig zugegeben hat, daß die Zustände im heutigen Ungarn wie „früher", das heißt, wie im alten kapitalistischen Ungarn, sind, macht sich der Abteilungsleiter des gleichen Betriebes Sorgen um die Zukunft.

Er sagt im gleichen Artikel: „Wegen der Zukunft habe ich große Sorgen. Während des 5. Fünf-Jahres-Planes die Produktion zu verdoppeln mit der gleichen Zahl von Arbeitern, wissen Sie, was das für eine Aufgabe ist?" „Nepszabadsag", die Stimme der revisionistischen Partei weiß, wie diese „Aufgabe" zu lösen ist. Sie weist dem Abteilungschef nach, daß es wohl möglich sein wird in den fünf Jahren von den Arbeitern das Doppelte herauszuholen: durch Einsatz modernerer Maschinen, durch Rationalisierung, durch materiellen Anreiz für noch mehr Überstunden und Überschichten und insbesondere durch die sogenannte „bessere Organisierung der Produktion", wie sie nach amerikanischem Vorbild in allen revisionistischen Ländern betrieben wird mit dem Ziel, jede noch so kleine Pause, jede „überflüssige" Handbewegung usw. auszuschalten.

Was kann deutlicher zeigen als diese offenherzigen Enthüllungen der Revisionisten in Ungarn selbst, daß das ungarische Gesellschaftssystem mit Sozialismus gar nichts zu tun hat, sondern die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen hier erbarmungslos für den Profit der neuen Bourgeoisie ausgebeutet werden.

EINE LANZE FÜR DIE POLIZEI

Anfang Juni wurde im Fernsehen das neue „Sicherheitsprogramm" der Innenminister vorgestellt. Die Rezension darüber in der „UZ", der Zeitung der D„K"P, zeigt, wie offen die D„K"P heute bereits zu weiteren Faschisierungsmaßnahmen der Bourgeoisie wie etwa der zentralen Computerkartei oder den immer neuen Polizeiwaffen Stellung nimmt.

So heißt es gleich zu Anfang: „Imponierend war die Darstellung der – wie immer wieder betont wurde – teuren Technik. Nachtsichtgeräte und Computer, in die u. a. 17 Millionen Fingerabdrücke eingespeichert sind, wurden vorgeführt."

Die D„K"P hat auch nichts gegen die wachsende Bewaffnung der Polizei. In der Rezension heißt es: „Denn – Technik und Waffen sind auf dem modernsten Stand, die Ausbildung nicht." Dieser Trick, die Waffen zu loben und die angeblich „unmoderne" Ausbildung dafür verantwortlich zu machen, daß immer wieder Werktätige von der Polizei erschossen werden, ist allerdings sehr durchsichtig. Denn natürlich kennen auch die D„K"P-Revisionisten die Berichte etwa von Demonstrations- und Häuserkampfübungen der Polizei.

Die Polizisten erhalten insgesamt genau die Ausbildung, die sie brauchen, um ihre Aufgaben, die Werktätigen zu unterdrücken, zu erfüllen. Der wachsende Polizeiterror ist nicht das Werk einer wachsenden Anzahl von schlechten Ausbildern, sondern die Antwort der herrschenden Klasse auf die sich verschärfenden Klassenkämpfe. Genau davon aber soll abgelenkt werden.

Vor 25 Jahren-Verbot der FDJ



Im Juni 1951, vor 25 Jahren, wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ) verboten. In einer Erklärung des Zentralrates der FDJ heißt es dazu unter anderem: „Das von der Adenauer-Regierung erlassene Verbot der Freien Deutschen Jugend ist eine freche Herausforderung des friedliebenden deutschen Volkes."

Die Freie Deutsche Jugend wurde verboten, weil sie, damals über drei Millionen Mitglieder zählend, an der Spitze des Kampfes gegen die Remilitarisierung und die Faschisierung Westdeutschlands stand. Diesen Kampf führte sie auch – trotz Verbot – weiter. Ein Jahr später, im Mai 1952, organisierte sie die sogenannte Friedenskaravane in Essen, an der rund 30 000 Jugendliche teilnahmen. Bei dieser machtvollen Demonstration wurde Genosse Philipp Müller von der Polizei erschossen.

Das Werk der FDJ führt heute die ROTE GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML, fort. Die Organisation, die sich heute FDJ nennt, die Jugendorganisation der SED, wie auch die SDAJ, haben diesen aufopferungsvollen Kampf der revolutionären FDJ vollständig verraten.

Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul fordert Berufsverbot für Kommunisten!

Am 28. 5. luden die Jungsozialisten des Kreises Bergstraße unter dem Thema „Jugend und Sozialismus" in Lorsch zu einer Großveranstaltung. Für die Genossen und Sympathisanten der ROTEN GARDE Bergstraße stand fest, daß sie dort hingehen und den Schwindel über den angeblichen „Sozialismus" der Jusos entlarven mußten. Auch Genossen des KBW kamen zu der Veranstaltung.

Vor allem in der Rede der Juso-Vorsitzenden zeigte sich dann sehr deutlich, was vom Sozialismus-Gerede der Jusos und was von ihrer angeblich so fortschrittlichen Politik zu halten ist.

In die Enge getrieben und von den anwesenden Genossen mehrmals unterbrochen, machte die Zeul einige Aussagen, die deutlich zeigen, gegen wen die Jusos wirklich kämpfen. So meinte die Zeul, Karl Marx würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüßte, daß hier der gewaltsame Sturz der herrschenden Klasse propagiert würde! Eine unverschämte Lüge, die sich schon beim Lesen des „Kommunistischen Manifests" von selbst entlarvt. Dann hetzte die Zeul gegen die Diktatur des Proletariats und behauptete, sie sei die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Ebenfalls eine Lüge, die auch nicht dadurch glaubwürdiger wird, daß die Zeul sie damit „begründet", bei uns könne man kaum noch von „Proletariat" sprechen. Schließlich forderte sie dann das Berufsverbot gegen Kommunisten. Ihre Begründung: „Die Befürworter eines Terrorregimes, wie das bei der Diktatur des Proletariats der Fall ist, haben im Öffentlichen Dienst nichts zu suchen."

Im Anschluß an diese Rede fand eine Diskussion statt, an der sich auch Genossen der ROTEN GARDE beteiligten. Sie entlarvten in der beschränkten Redezeit von 3 Minuten, so gut es ging, die sozialdemokratischen Lügenmärchen, die hier zum Besten gegeben wurden. Als ein Genosse der ROTEN GARDE zum zweiten Mal zum Rednerpult hochstieg, entfalteten die anderen Genossen im Saal zwei Transparente. Daraufhin kam es erneut zu einem Tumult, nachdem bereits zu Beginn der Veranstaltung vergeblich versucht worden war, gegen ein Transparent des KBW vorzugehen.

Die Genossen schreiben: „Dies war der Zeitpunkt, wo die Veranstalter gezwungen waren, die Veranstaltung abzubrechen. Wir hatten unser Ziel erreicht, indem wir den Juso-Schwindel, soweit es in der kurzen Zeit ging, entlarvten und bloßstellten. Die ROTE GARDE wird allen Anwesenden in Erinnerung bleiben. Wie sehr sich die Jusos von unserer Aktion getroffen fühlten, zeigten ihre Hetze und ihre Lügenberichte über die Veranstaltung und unser Auftreten einige Tage später in den bürgerlichen Zeitungen im Kreis Bergstraße."

Westberlin

Aktionen der Roten Garde zum "Atzefest"

Am 13. Juni fand in Westberlin das sogenannte „Atzefest" (Atze – Berliner Ausdruck für Kumpel) statt, veranstaltet von der FDJ, Jugendorganisation der SEW. Die ROTE GARDE und der KJVD (Jugendorganisation der GRF) riefen in einer gemeinsamen Erklärung auf, dieses Fest zu boykottieren.

Genossen der ROTEN GARDE verteilten vor und während des Festes rund 8 000 Flugblätter. Beim Fest selbst wurde vor dem mit Maschendraht abgesicherten Veranstaltungsplatz ein Agit-Prop-Stand aufgebaut (s. Bild). Einer der Rotgardisten, die auf dem Veranstaltungsplatz diskutierten, berichtet:

„Es entspann sich ein Gespräch mit Jugendlichen, in das sich sofort ein Revisionist einmischte. Als er mit Argumenten nicht mehr weiterwußte, hob er den Arm. Das war das Zeichen für einen Ordner, der auf einer Leiter bei den verschiedenen Zelten saß und alles gut überblicken konnte. Sah er einen Arm hochgehen, winkte er gleich einen Trupp Ordner heran, die überall in Massen vorhanden waren. Die schnappten sich dann den Genossen, verprügelten ihn und schleiften ihn heraus. Ein 14jähriger Junge, de bloß unser Flugblatt gelesen hatte, wurde von ihnen so zusammengeschlagen, daß er mit dem Krankenwagen weggefahren werden mußte."

Es wurde angesichts dieses Vorgehens der Revisionisten beschlossen, in einer gemeinsamen, geschlossenen Aktion vorzugehen. Rund 150-200 Mann sammelten sich zu einem Demonstrationszug, der mit der Parteifahne voran auf dem Veranstaltungsgelände zum Ausgang zog. Weder die Schlägertruppe, die die Demonstranten beim Sammeln umstellt hatte, noch die Ordnersperre am Ausgang wagte, die Genossen aufzuhalten. Der Demonstrationzug erweckte große Aufmerksamkeit bei den Teilnehmern des Festes. Einige von ihnen schlossen sich ihm an und verließen mit den Genossen das Fest der Revisionisten.



Vom Aufbau des Sozialismus

NEUER WASSERBAUKOMPLEX EINGEWEIHT

Im Bezirk Korca im Südosten des Landes wurden am 10. Juni die wichtigsten hauptsächlichen Anlagen eines großen Wasserbaukomplexes mit dem Reservoir von Jensch als Grundlage eingeweiht. Wenn dieses Werk vollständig fertiggestellt sein wird, wird die Bewässerung des gesamten südwestlichen Teils der Korca-Ebene mit einer Fläche von 7 900 Hektar abgeschlossen sein. Durch das Reservoir von Jensch werden auch 1 200 Hektar im Bezirk Kolonja bewässert werden.

An der Einweihung der Hauptanlagen des Wasserbaukomplexes nahmen Tausende Werktätige aus der Stadt sowie Genossenschaftler aus dem Bezirk Korca teil. Ihre Freude teilte auch Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit und Vorsitzender des Ministerrats. Er durchschnitt das Einweihungsband dieses wichtigen Meliorationswerkes.

Zur Errichtung dieses Werkes wurde eine große Arbeit geleistet: Es wurden das Reservoir mit einer Kapazität von 16 300 000 Kubikmeter Wasser, ein sieben Kilometer langer Zuflußkanal, ein durch einen felsigen Berg getriebener Tunnel, der 18 Kilometer lange rechte Hauptkanal und anderes gebaut. Neben den Werktätigen der Meliorationsbetriebe leisteten auch die Genossenschaftsbauern ihren wertvollen Beitrag zum Bau dieses Werkes, und nicht nur die, die unmittelbar daraus Nutzen ziehen, sondern auch Genossenschaftsbauern aus dem ganzen Bezirk Korca sowie die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der Stadt. Es wurden einige Aktionen mit konzentriertem Schlag durchgeführt. An jeder nahmen etwa 14 000 Personen teil.

KINDER IN ALBANIEN

Im sozialistischen Albanien wird viel für die Kinder getan. Das zeigt sich daran, wie sehr sich die Partei der Arbeit, der Staat und die Massenorganisationen um die Sommerferien der Kinder kümmern.

Um die Ferien möglichst gut zu organisieren, damit sie einer wirkungsvollen Erholung und der körperlichen Stählung sowie der guten Erziehung dienen, sind in den Bezirken des Landes Sonderkommissionen geschaffen worden, an denen Kader der Partei und der Volksmacht, Vertreter der Massenorganisationen, Leiter der Wirtschaftsbetriebe und der Landwirtschaftlichen Genossenschaften teilnehmen.

Für die Sommerferien der Kinder sind in den schönsten Erholungsgebieten, an der Meeresküste, an Seeufern und in Kiefernwäldern, schöne Erholungsheime errichtet worden, wo Tausende und Abertausende Kinder jedes Jahr ihre Ferien verbringen. In diesem Jahr wird die Zahl dieser Kinder um über 15% höher sein als im Vorjahr. Die Eltern bezahlen für die Kinder, die 18 Tage in solchen Erholungsheimen verbringen, nur ein Fünftel der Kosten.

Weitere Tausende Kinder verbringen ihre Sommerferien in den Tageserholungsstätten, die in unmittelbarer Nähe der Städte und Dörfer errichtet werden. Die Kinder stehen dort unter der Obhut von Lehrkräften und gesellschaftlichen Aktivistinnen der Massenorganisationen, besonders der Organisation des Verbandes der Jugend Albaniens.

In den Sommerferien werden für die Kinder verschiedenartige Aktivitäten veranstaltet, Ausflüge und Wanderungen zu den historischen Stätten, Treffen mit Veteranen des nationalen Befreiungskampfes, mit Arbeitern und Genossenschaftsbauern, Besichtigungen verschiedener Werke des sozialistischen Aufbaus, künstlerische und sportliche Aktivitäten und anderes mehr veranstaltet.

Todesschuss und MG-Einsatz

Fortsetzung von Seite 1

Nach jedem tödlichen Schuß aber hieß es erneut „Einzelfall". War die Empörung der Bevölkerung sehr groß, dann sprach man auch einmal von „Übergriffen" einzelner Polizisten usw. Die Partei dagegen hat immer erklärt, daß solche tödlichen Schüsse nicht der besonderen Bösartigkeit einzelner Polizisten entspringen, sondern das Ergebnis der Aufgabe und der Ausbildung der Polizei sind. Sie ist eine bewaffnete Truppe der Bourgeoisie, gedrillt auf die Unterdrückung der Werktätigen. Der neue Musterentwurf der Innenminister bestätigt das. Denn wo der Staat Gesetze beschließt, die tödliche Schüsse ausdrücklich vorsehen, da ist es nichts als zynische Heuchelei, wenn dann, wenn Polizisten auf der Grundlage dieser Gesetze handeln, von „Willkür", „Übergriffen" und „Einzelfällen" gesprochen wird.

Besonders in den Vordergrund gestellt wurde von der Presse die Tatsache, daß jetzt der Einsatz von Handgranaten gegen Menschenmengen nicht mehr vorgesehen ist. Die gleichen Zeitungen, die diese „Entschärfung" loben, berichten aber, daß auch nach dem überarbeiteten Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz mit Maschinengewehren in eine Menschenmenge hineingeschossen werden darf.

Keine einzige bürgerliche Zeitung brachte auch nur ein einziges kritisches Wort dagegen, daß in Zukunft die Polizei bei Demonstrationen, bei Landbesetzungen wie in Whyl usw. mit Maschinengewehrsalven antworten soll, wenn die Innenminister das für richtig halten. **Das heißt, die Gleichschaltung der bürgerlichen Presse ist bereits so weit gediehen, daß es keinerlei Diskussionen mehr darüber gibt, wenn die Bourgeoisie Gesetze verabschiedet, die vorsehen, daß revolutionäre Massenkämpfe in einem Meer von Blut erstickt werden sollen. Diskutiert wird lediglich noch über die Waffen, mit denen gemordet werden soll!**

Wenn die bürgerliche Presse jetzt jubelt, daß Handgranaten nicht mehr eingesetzt werden dürfen, dann ist das nichts als zynische Augenwischerei, die davon, ablenken soll, daß hier bürgerkriegsähnliche Einsätze der Polizei legalisiert werden.

Mit welchen Methoden hier „entschärft" wurde, zeigt sich am klarsten an der Umformulierung des Passus über die Gefährdung Unbeteiligter durch Polizeischüsse. Hieß es im ursprünglichen Entwurf klipp und klar, daß auch Unbeteiligte „gefährdet", sprich verletzt oder erschossen werden dürfen, so heißt es jetzt, daß das nur geschehen darf, wenn die Polizei den Eindruck hat, daß Unbeteiligte die „Gewalttaten" anderer billigen bzw. trotz Aufforderung der Polizei nicht weggehen. In diesen Fällen, so der Westberliner Polizeiminister Neubauer, könne die Polizei nämlich davon ausgehen, daß die nicht an den Gewalttaten unmittelbar Beteiligten zu Beteiligten würden. Mit anderen Worten: jeder, der bei einer Demonstration nicht schleunigst das Weite sucht (wie es mit den polizeilichen Warnungen aussieht, weiß im übrigen jeder, der einmal einen Polizeiüberfall auf eine Demonstration miterlebt hat), ist vogelfrei, auf den darf von der Polizei geschossen werden!

Wie heißt es doch im Grundgesetz: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit . . . In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden." Hier zeigt sich im Klartext, was der vielgepriesene „Rechtsstaat" ist. Er hat mit Demokratie für die Massen nichts zu tun. Denn er zeichnet sich dadurch aus, daß in ihm eben solche Gesetze geschaffen werden und gelten, die die herrschende Klasse braucht, um ihre wirtschaftliche und politische Macht über die Arbeiterklasse zu verteidigen.

Prozess gegen die "Rote Fahne"

Am 28. 6. beginnt in Köln ein Prozeß gegen Genossen Willi Jasper, verantwortlicher Redakteur der „Roten Fahne". Vorausgegangen war dem Prozeß ein Strafbefehl über 3 600 DM, gegen den Einspruch erhoben wurde.

Angeklagt wurde Willi Jasper, weil die „Rote Fahne" vom 26. 3. 75 in den Fällen Günter Routhier, Erich Dobhard und Manfred Rohs von „Polizeimord" geschrieben hatte. Der Staatsanwalt sah darin und in anderen Feststellungen der „Roten Fahne" die „Beleidigung" von Polizeiorganen und die „böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik".

Dieser Prozeß reiht sich ein in die Prozeßwelle der bürgerlichen Klassenjustiz gegen die kommunistische und revolutionäre Presse. Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda!

Der Prozeß findet statt am 28. 6., 13 Uhr, Köln, Appellhofplatz.

BERICHTIGUNG

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN wurde die Adresse des Genossen Sascha versehentlich verkehrt abgedruckt. Hier nun seine richtige Anschrift:

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Solidarität mit dem ROTEN MORGEN

Uns erreichten zahlreiche weitere Beweise der Solidarität mit dem ROTEN MORGEN und den beiden Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner, die im Mai beide zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Unter anderem sandte uns der Initiativausschuß gegen das Berufsverbot von Professor Sigrist eine Protestresolution und das Palästina-Komitee in Freiburg.

Die marxistisch-leninistische Zeitung „L'Humanite rouge" in Frankreich, das Zentralorgan der Bruderpartei in Schweden „Gnistan" und in Norwegen „Klassekampen" berichteten über den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN. „Klassekampen" rief seine Leser gleichzeitig auf, den ROTEN MORGEN zu unterstützen und ihn auch zu abonnieren.

In einer Grußadresse, die wir von der ‚October League" in den USA erhielten, heißt es:

„Liebe Genossen!

Wir haben mit Empörung von den jüngsten ‚legalen' Angriffen auf zwei Genossen, verantwortliche Redakteure des ‚Roten Morgen', gehört. Dieser Angriff beweist, daß die Kapitalisten die Wahrheit über sich selbst fürchten. Sie fürchten den wachsenden Einfluß der marxistisch-leninistischen Presse, die die Arbeiterklasse zum Kampf aufrüttelt, sie aufklärt und mobilisiert.

Der Angriff auf den ROTEN MORGEN zeigt noch klarer, wie wahr die dort abgedruckten Feststellungen sind, für die die beiden Genossen bestraft wurden: daß der kapitalistische Staat in der Tat ein ‚Ausbeuterstaat' ist, daß er in der Tat eine ‚angebliche Demokratie' ist und keine wirkliche, daß die Propagierung dieser Wahrheit ‚die Massen aufrüttelt' und daß nur die ‚Diktatur des Proletariats' wirkliche Demokratie für die Arbeiter und die unterdrückten Klassen bringen kann.

Der Angriff auf den ‚Roten Morgen' wie auch andere Angriffe der letzten Zeit auf deutsche Marxisten-Leninisten rufen die Empörung von allen Kommunisten der Welt hervor. Keinerlei Bemühen, weder der Imperialisten noch ihrer Lakaien in den revisionistischen Parteien, die bei diesen Angriffen gemeinsame Sache mit den Imperialisten machen, können unsere Bewegung aufhalten. Wir sind sicher, daß die marxistisch-leninistischen Genossen in Deutschland aus diesem Kampf stärker hervorgehen werden, ihre Einheit herstellen und große Siege erringen werden.

Mit kommunistischen und internationalistischen Grüßen, S. Klonsky, für das Zentralkomitee der marxistisch-leninistischen October League."



Auf ihrer Rundreise durch die Bundesrepublik und Westberlin nahmen die Genossen des PAC auch an der Gedenkfeier zu Ehren von Günter Routhier teil. Am Grab dieses ermordeten Kämpfers unserer Partei ergriff Genosse Gqobose das Wort und drückte in einer kurzen Ansprache an die anwesenden Genossen, Freunde und umstehende Friedhofsbesucher seine Anteilnahme aus.

Bei Demonstration festgenommen

10 Monate Gefängnis für Genossen Andreas

Am 11. 6. 76, nach zwei Verhandlungstagen, wurde der Genosse Andreas vom Landgericht Münster zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten mit Bewährung verurteilt.

Vor nunmehr zwei Jahren hatte die KPD/ML in Münster zu einer Demonstration aufgerufen als Antwort auf die Ermordung unseres Genossen Günter Routhier durch die Polizei und als Protest gegen die gleichzeitige Entlassung einer kommunistischen Krankenschwester und zweier revolutionärer Jungarbeiter.

Bei der brutalen Festnahme eines Genossen, der kurz vor Beginn der Demonstration Flugblätter verteilt haben soll – dieser Genosse wurde inzwischen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt – war es zu Protesten und Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen, in deren Verlauf der Einsatzleiter Zinn mit einem blauen Auge zu Boden ging. Aus diesen Vorgängen, bei denen auch der Genosse Andreas festgenommen worden war, braute dann die Staatsanwaltschaft, gestützt einzig und allein auf Polizistenaussagen, eine völlig willkürliche Anklageschrift gegen Andreas zusammen.

Währenddessen entfachte die bürgerliche Presse eine wilde antikommunistische Hetze. In den „Westfälischen Nachrichten" hieß es damals u.a., die KPD/ML habe bei der Demonstration blutdürstig den Tod eines Polizisten als Vergeltung für die Ermordung Günter Routhiers gefordert. Die Eltern von Andreas erhielten sogar telefonisch eine Morddrohung.

So erschien denn auch der bürgerlichen Klassenjustiz das Urteil der ersten Instanz gegen Andreas – 4 Monate Gefängnis mit Bewährung – als zu gering. Zynisch hieß es in der Revisionsbegründung der Staatsanwaltschaft sinngemäß, dieses Urteil sei doch viel zu gering im Vergleich zu der 4monatigen Gefängnisstrafe nur wegen Flugblattverteilens. Außerdem ginge es doch um lebensgefährliche Körperverletzung eines Polizeibeamten. Schließlich sei das, wie der Staatsanwalt dann im Verlaufe des Prozesses noch ausführte, nicht mit einer normalen Wirtshausschlägerei zu vergleichen, sondern man müsse die politische Motivation des Angeklagten berücksichtigen.

Zu Beginn des jetzigen Prozesses waren 2/3 des Gerichtssaales frühzeitig von betont sommerlich gekleideten Polizisten in Zivil besetzt. Aus nicht nur dienstlichem, sondern auch ganz persönlichem materiellen Interesse war natürlich auch ihr Kollege Zinn als Zeuge und Nebenkläger anwesend: Er will von Andreas die Zahlung einer lebenslänglichen Rente einklagen.

Im Prozeßverlauf brachte Andreas, unterstützt von seinem Verteidiger, Stück für Stück das ganze Lügengebäude der Polizeizeugen zum Einsturz. Der Arzt, bei dem sich Herr Zinn nach der Demonstration (natürlich auf Privatstation) in Behandlung begab, ein Herr Lichtenstein, war der gleiche Arzt, der für die Entlassung der kommunistischen Krankenschwester Ute verantwortlich war. Dieser Herr stellte pflichteifrig ein medizinisches Gutachten aus – aus einem monströsen Schädelbasisbruch von Zinn (so die ersten Zeitungsmeldunge) war jedoch inzwischen eine Kalottenfissur (Schädelbruch) geworden – nach dem der Herr Zinn nun **bis heute** noch nicht wieder voll diensttauglich ist. Ein anderer Mediziner stellte **zwei Monate später**, als Zinn ein Zahn gezogen werden mußte, in einem weiteren Gutachten fest, daß dies **ursächlich** mit seinen früheren Verletzungen zusammenhänge.

Überdeutlich wurde, daß es bei diesem Prozeß nicht um eine Urteilsfindung nach Tatsachen, sondern um ein Gesinnungsurteil gegen einen Kommunisten ging. Ausdrücklich hob der Staatsanwalt bei seiner Forderung nach **18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung** die kommunistische Gesinnung des „Angeklagten" hervor. Die Polizeizeugen mußten sogar offen zugeben, eine spezielle Dienstbesprechung unter höchster Aufsicht zwecks Vorbereitung ihrer Aussagen durchgeführt zu haben. Einer Zeugin wurde mit einem Meineidsprozeß gedroht, und dem Genossen Andreas wurden unverhüllt bei seinen Ausführung noch während des Prozesses vom Staatsanwalt weitere Verfahren angedroht.

Die abschließende Rede von Andreas war jedoch ein Schlag ins Gesicht der bürgerlichen Klassenjustiz. Hierbei ging der Genosse auch ein auf die wachsende Kritik aus dem Ausland an den zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen Kommunisten und Revolutionäre, gegen die Arbeiterklasse und das Volk in unserem Land. „Die ‚häßlichen Deutschen' ", sagte er, „das sind nicht die Volksmassen in Deutschland, das sind nicht wir, sondern das ist die deutsche Monopolbourgeoisie mitsamt Polizei und Justiz. Die wird mit Recht von immer mehr Menschen gehaßt und gegen die müssen wir kämpfen bis zu ihrem Untergang in der sozialistischen Revolution."

Berufungsverhandlung gegen Michael Banos

Am 2. Juli beginnt vor dem Landgericht Dortmund die Berufungsverhandlung gegen Michael Banos. Genosse Michael, presserechtlich Verantwortlicher der Roten Hilfe, war in der ersten Instanz zu 7 Monaten Gefängnis auf „Bewährung" verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte die gleiche Strafe ohne Bewährung gefordert und auch Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Genosse Michael ist im ersten Prozeß nicht wegen irgendwelcher „kriminellen Delikte", sondern allein aus politischen Gründen verurteilt worden. Das geht aus der Urteilsbegründung klar hervor, in der der Richter unter anderem feststellt:

„Eine politische Einstellung allein kann zur Überzeugung des Gerichts nicht zu einer Erhöhung des Strafmaßes führen, da nicht die Gesinnung als solche bestraft werden kann. Wenn jedoch wie hier der Angeklagte äußert, daß er den herrschenden Staatsapparat und die Klassenjustiz zerschlagen will und mit allen Mitteln dafür eintritt, daß dieses nur auf revolutionärem Wege und mittels Gewalt geschehen soll, so muß sich der Angeklagte gefallen lassen, daß dieser Staat, den er zerschlagen will, sich dagegen wehrt. Aus diesen Gründen kommen für die genannten strafbaren Handlungen nur empfindliche Freiheitsstrafen in Betracht." Was heißt das im Klartext anderes als: die Gesinnung ist frei. Es sei denn, es ist eine kommunistische Gesinnung, dann wird sie „empfindlich" bestraft!

Dieses Urteil ist natürlich nicht nur gegen eine einzelne Person gerichtet. Es richtet sich gegen die Rote Hilfe Deutschlands selbst, die sich zur Aufgabe stellt, Rote Hilfe zu schaffen und breite Solidarität mit allen politisch Verfolgten zu organisieren.

Aber alle Hoffnungen der Bourgeoisie, Genossen Michael einschüchtern zu können, sind vergeblich. Das mußte indirekt schon der Richter in der ersten Instanz zugeben, der erklärte, Michael sei „unbelehrbar". Unterstützt den Kampf von Genossen Michael vor Gericht!

PROZESSTERMIN

Der Prozess beginnt am 2. Juli um 9 Uhr im Landgericht Dortmund, Kaiserstr. 34.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter

bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto -
Sparkasse Dortmund
Kto.Nr. 321 004 547
Stichwort: Solidarität

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

EMPÖRUNG GEGEN POLIZEITERROR

Vor einigen Tagen erzählte mir einer meiner Kollegen, wie er in der Stadt einen Polizeieinsatz mit Hunden gegen einen KBW-Stand miterlebt hat. Er war sehr empört, vor allem, weil dieser Einsatz mit den „verkehrsbehindernden" Stellschildern gerechtfertigt werden sollte, obwohl, wie der Kollege sagte, die Schilder überhaupt nicht im Wege standen und störten. Weiter erzählte er, daß es sei der Polizei wohl gar nicht um die Schilder gegangen sei, denn die standen nach dieser Polizeiaktion immer noch und wurden nicht weiter beachtet. Kommentar meines Kollegen: „Die machen sich so unbeliebt, daß es kein Wunder ist, wenn sie bald keiner mehr riechen kann!"

Rot Front, eine Genossin aus Bremen

WIE ARBEITEN REVOLUTIONÄRE IM GEFÄNGNIS?

Liebe Genossen,

ich habe das in Nr. 24 abgedruckte Interview mit mir gelesen und möchte dazu noch eine Ergänzung machen. Möglicherweise durch einen Übermittlungsfehler hat sich nämlich in eine Passage eine irreführende Formulierung eingeschlichen. Ihr schreibt „. . ., für die Revolution jedoch kann man im Gefängnis **niemanden** gewinnen." In dieser Absolutheit ist dieser Satz nicht richtig. Es muß heißen: „. . ., für die Revolution jedoch kann man im Gefängnis **nicht so leicht jemanden** gewinnen." Diese Feststellung stütze ich auf meine zahlreichen Erfahrungen mit opportunistischer Anbiederei; mit Lippenbekenntnissen zu allem was man hören will etc. Es gibt auch Gefangene, die im Knast subjektiv ehrlich sich bemühen wollen, Revolutionär zu werden, draußen dann aber doch schon bald wieder ihre kriminellen Aktivitäten fortsetzen. Das alles muß man im Auge haben, wenn man versucht, kriminelle Gefangene von der Notwendigkeit der Revolution zu überzeugen. Ob sie wirklich bereit und in der Lage sind, mit ihrer lumpenproletarischen Vergangenheit zu brechen, das wird sich erst nach der Haft im täglichen Leben erweisen. Auf politische Beteuerungen und Versicherungen, die ihnen hinter Gittern gegeben werden, können und dürfen die Genossen im Gefängnis nicht bauen. Insofern ist es wichtig, auf die Schwierigkeiten jeder revolutionären Agitation und Propaganda im Gefängnis hinzuweisen. Andererseits sollte man sich aber hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten: die politischen Gefangenen werden natürlich weiterhin im Gefängnis versuchen, den Nutzen und die Notwendigkeit der Revolution jedem nicht völlig lumpenproletarisch entarteten Mitgefangenen klarzumachen, so wie das ein Kommunist überall tut, wo er sich befindet. Wir werden dabei die gebotene Vorsicht walten lassen und auf Fehlschläge gefaßt sein. Vor allem werden wir uns davor hüten, den Schwerpunkt der politischen Arbeit von Partei und RHD auf die Betreuung Krimineller zu legen und so den bankrotten „Randgruppentheorien" auf den Leim zu gehen.

Ich halte die obige Korrektur deshalb für wichtig, weil eine falsche Auffassung dazu führen kann, daß sich die politischen Gefangenen weitestgehend von ihren Mitgefangenen abkapseln, „da man sie sowieso nicht für die Revolution gewinnen kann". Man kann aber einen Grundstein legen, der diesen Menschen in ihrem späteren Leben hilft, den Weg zurück an die Seite ihrer Klasse, den Weg zur Revolution zu finden.

Rot Front, Schorsch Schmidt

MSB GEGEN KAMPF DER STUDENTEN

An der Gesamthochschule Essen wurden im Mai, wie schon früher an anderen Hochschulen Nordrhein-Westfalens (s. RM Nr. 21/22) vom Studentenwerk die Preise für die Cafeteria um bis zu 25% erhöht. Die Studenten waren darüber äußerst empört und waren spontan bereit, dagegen entschlossene Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Angesichts dieser Lage versuchte sich der revisionistische MSB/SHB-Asta an die Spitze der Bewegung zu stellen. Er forderte einen Boykott der Cafeteria und organisierte eine Notcafeteria. Die zentrale langfristige Forderung des Asta dabei hieß: „Für eine Preisgestaltung nach dem Prinzip der sozialen Tragbarkeit!" Damit versuchen sie den Eindruck zu erwecken, als ob es im Kapitalismus möglich sei, daß die Interessen des Volkes, nicht aber die Profitinteressen der Kapitalisten entscheidend sind. Bezeichnenderweise sagte dann auch ein D„K"P-Funktionär auf einer Vollversammlung: „Wir wollen hier nicht über die Funktion des Staates im Kapitalismus reden."

Im übrigen hatte es der Asta von Anfang an darauf abgesehen, den Studenten in den Rücken zu fallen und den Kampf abzuwiegeln. So wurde ein „Schwerpunktboykott" in nur einer der vier betroffenen Cafeterien durchgeführt. Dazu die scheinheilige Begründung: die Organisierung des Boykotts in den anderen Cafeterien sei nicht „hundertprozentig abgesichert" und die Studenten seien nicht bereit zu kämpfen.

Auf diese unverschämte Verleumdung der Studenten gab der KSB/ML prompt die Antwort, indem er zusammen mit anderen revolutionären Studenten trotz der Störmanöver des Asta in einer anderen Cafeteria den Boykott durchführte und ein Boykottkomitee bildete.

Außerdem versuchte der Asta mit allen nur erdenklichen Tricks die Studenten zu demoralisieren. So jammerte er über finanzielle Defizite und die „fehlende Landeseinheitlichkeit" des Kampfes.

Schließlich präsentierte der Asta auf der Vollversammlung am 15.6. als Ergebnis seiner Mauscheleien mit dem Studentenwerk einen Kompromiß, bei dem die wichtigsten Nahrungsmittel weiterhin teurer werden sollten und schlug der Vollversammlung – kaum glaublich, aber wahr – in aller Offenheit vor, den Kampf abzubrechen.

Dazu kam es aber nicht. Die Vollversammlung (ca. 300 Studenten) beschloß mit überwältigender Mehrheit gegen das vollständig isolierte Häuflein von MSB/SHB eine Weiterführung und Ausweitung des unbefristeten Boykotts! Jetzt gerieten die Revisionisten völlig in Panikstimmung. Ein MSB-Vertreter ging ans Mikrophon und sagte: „Da halten wir uns sowieso nicht dran. Die Vollversammlung ist nicht beschlußfähig." Ein Sturm der Entrüstung brach los. Das offen reaktionäre Verhalten des MSB/SHB-Asta hat vielen Studenten die Augen über diese berufsmäßigen Streikbrecher geöffnet. Sie erkennen klarer, daß es mit diesen Leuten keine Zusammenarbeit geben kann. Deshalb wird der Kampf gegen die Preiserhöhungen jetzt entschlossener und unversöhnlicher als zuvor weitergeführt werden.

DEMONSTRATION GEGEN DAS NIEDERSÄCHSISCHE VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ

Liebe Genossen,

am 12. 6. haben wir gemeinsam mit der GRF eine Demonstration in der Innenstadt gegen das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz durchgeführt. Von der Polizei wurden uns kurzfristig eine Reihe Auflagen gemacht, was die Route anging. So drohten sie mit „allen polizeilichen Mitteln", wenn die Bannmeile um den Landtag übertreten würde.

An der Demonstration nahmen rund 100 - 120 Menschen teil.

Wir verkauften 24 ROTE MORGEN, ca. 20 Rote-Garde-Zeitungen und verteilten etliche hundert Flugblätter. Während der Abschlußkundgebung führten wir einige gute Gespräche mit interessierten Menschen, wobei uns auffiel, daß immer noch sehr viele gar nichts über diesen Gesetzesentwurf wissen.

Nach Abschluß der Demonstration zogen wir zu einem großangelegten Stand der NPD. Genossen der GRF hielten über Megaphon eine Rede, während wir gemeinsam Parolen riefen wie „Tod dem Faschismus". Der Stand ging zu Bruch. Einer der Faschisten, ein alter Mann, ging mit einer Holzlatte auf die Genossen los, stolperte aber vor Aufregung und fiel hin.

Etliche Hundert Menschen blieben interessiert stehen. Einige freuten sich offensichtlich über diese Aktion. Den Faschisten half keiner, obwohl sie lauthals dazu aufriefen.

Ein kleiner Junge fragte im Weggehen seine Mutter, was Faschismus sei. Sie antwortete, dann gäbe es keine Freiheiten mehr, das sei schlecht – worauf er so laut er konnte unsere Parolen mitrief.

Der Kampf gegen das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz wird weiter gehen. Am 21. 6. (am 23. 6. ist die Lesung des Gesetzes im Landtag) wird eine weitere Demonstration stattfinden.

Rot Front, Genossen aus Hannover

Die Kulturrevolution hat die Entwicklung des Bildungswesens in China gefördert

In der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde das alte Bildungssystem Chinas revolutioniert, die Lehrprinzipien, das Aufnahmeprinzip, der Inhalt des Lehrmaterials und die Art und Weise der Schulverwaltung grundlegend umgestaltet. Diese Veränderungen haben zu einer schwunghaften Entwicklung des Bildungswesens auf allen Ebenen in China geführt.

Heute wird dem Schulbesuch der Kinder von Werktätigen größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Schulen werden entweder aus dem staatlichen oder Kollektivfond finanziert. Heute gibt es in China die verschiedenartigsten Schulformen, die den jeweiligen konkreten Bedingungen angepaßt sind. Auf dem Land z. B. tut man sein Möglichstes, damit die Bauernkinder in der Nähe ihres Wohnortes eine Schule besuchen können. Die 5-jährige Grundschulbildung ist nun in den ländlichen Gebieten Chinas allgemein eingeführt. Waren es vor der Kulturrevolution 84,7% der schulpflichtigen Kinder im ganzen Land, die eine Grundschule besuchten, so sind es Ende 1975 schon über 95% gewesen. Die Gesamtzahl der Grundschüler hat sich im Vergleich zu der vor der Kulturrevolution um 30% erhöht.



Ein Lehrer hilft den Grundschülern einer Volkskommune im Kreis Kungliu des Uigurischen Autonomen Gebietes Sinkiang bei deren Hausarbeit.

Vor der Kulturrevolution verfolgte Liu Schao-tschi eine revisionistische Linie im Bildungswesen, die eine Revolutionierung des Bildungswesens ablehnte und die Kinder der Arbeiter und Bauern diskriminierte. Das hat die Verallgemeinerung der Schulbildung in China verzögert.

Mittelschüler gab es 1975 etwa fünfmal soviel und Schüler an Fachschulen um 60% mehr als 1965, das Jahr vor der Kulturrevolution. In den Städten Chinas ist im allgemeinen der 7-jährige Schulbesuch garantiert. Man wird sich nun bemühen, ihn auf 10 Jahre auszudehnen. Aber auch in einigen ländlichen Gebieten ist der 7-, 9- oder 10-jährige Schulbesuch schon weit verbreitet.

Mit der Revolutionierung des Bildungswesens wurden an den Hochschulen Chinas neue Kriterien für Auswahl und Aufnahme der Studenten wirksam. Sie werden nun aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten mit praktischen Erfahrungen ausgewählt und kehren nach ein paar Jahren Studium an den Hochschulen wieder auf ihre Arbeitsposten zurück, um noch bewußter an den drei revolutionären Bewegungen – dem Klassenkampf, Produktionskampf und dem wissenschaftlichen Experimentieren – teilzunehmen. Dadurch wurde ein für allemal damit Schluß gemacht, daß die breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten keinen Zugang zu den Hochschulen haben. Der Wunschtraum der Werktätigen wurde damit Wirklichkeit. Dieser Bruch mit der alten Bildungspolitik hat das Antlitz der Hochschulen völlig geändert. Die Gesamtzahl der 1975 an Hochschulen immatrikulierten Studenten war um 16% höher als die im Jahre 1965, dem Jahr vor der Kulturrevolution. 1975 hat die Gesamtzahl der Studenten 500 000 erreicht.

Vorrangige Aufgabe der Schulen ist es, das Denken der Schüler umzuformen. Die schulische Erziehung, eng mit dem Produktions- und Klassenkampf verbunden, hilft den Studenten und Schülern, zu gebildeten Werktätigen mit sozialistischen Bewußtsein zu werden. Vor der Kulturrevolution, als eine Folge der revisionistischen Linie, war das anders: in imposanten Schulgebäuden vergruben sich die Studenten in Büchern, die Bildungszentren wurden zum Nährboden einer neuen geistigen Aristokratie.

Das Hochschulstudium wird in China heute in flexibler Form so organisiert, daß es die Teilnahme der Arbeiter, Bauern und Soldaten begünstigt. Nun werden im ganzen Lande, neben den allgemeinbildenden Studienveranstaltungen, an vielen Hochschulen auch Kurzlehrgänge sowie Fernstudien- und Postgraduate-Kurse organisiert. Allein im Jahre 1975 wurden in diesen Kurzlehrgängen 800 000 Fachleute ausgebildet. Zudem wurden und werden in allen Landesteilen eine große Anzahl von Arbeiter- oder Bauernhochschulen errichtet. Den Spitälern angeschlossen, werden auch medizinische Fakultäten errichtet. Hunderttausende Arbeiter und Bauern mit praktischen Erfahrungen werden nun zu Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats herangebildet, die „rot und fachkundig" sein sollen. Nach unvollständigen Statistiken von 27 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten gab es in China bis Ende 1975 über 5 160 Arbeiterhochschulen mit 250 000 Studenten.

Heutzutage ist die Qualität der Hochschulbildung in China sehr gut, von einem Niveau, das die alten Hochschulen vor der Kulturrevolution niemals erreichen konnten. Nach ein paar Jahren Hochschulstudium haben die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenstudenten nicht nur ein höheres politisches Bewußtsein erlangt, sondern auch ihr Fachwissen beträchtlich erhöht. Nehmen wir die Pekinger Tjinghua-Universität als Beispiel: Die Absolventen von 2 Jahrgängen haben Forschungsprojekte über 564 verschiedene Themen, Produktionsaufgaben und wichtige technische Neuerungen vollendet. Über 1/3 davon haben das fortschrittliche Niveau des Landes erreicht oder die bei uns in verschiedenen Bereichen noch bestehenden Lücken gefüllt. Die Ergebnisse der von den Absolventen des Jahrganges 1972 der Abteilung für Elektronik durchgeführten 12 Forschungsprojekte haben alle das fortgeschrittene Landesniveau erreicht. Darunter sind einige, die für chinesiche Verhältnisse Neuland erschlossen haben. Die Absolventen der Abteilung für Gesellschaftswissenschaften der Peking-Universität haben 55 Bücher verfaßt, die in enger Verbindung mit der sozialistischen Revolution und dem sozialistischen Aufbau Chinas stehen, und ferner mehr als 700 Artikel in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Die Studenten der Abteilungen für Naturwissenschaften haben 393 wissenschaftliche Forschungsarbeiten erfolgreich vollendet, 79 davon haben das fortgeschrittene Niveau unseres Landes erreicht. Manche von diesen Projekten sind für die theoretische Grundlagenforschung von großem Wert.

Die Freizeitschulbildung wird nun in China noch umfangreicher verbreitet. Heute schießen die verschiedensten Freizeitschulen in den Städten und Dörfern Chinas wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden. Millionen Arbeiter, Bauern, Jugendliche mit Schulbildung, darunter sehr viele Frauen, besuchen diese Freizeitschulen, um dort politisches Wissen, größere Allgemeinbildung oder technische Kenntnisse zu erwerben.



Voll revolutionärem Eifer schreiben Lehrer und Studenten der Elektronischen Fakultät der Tsinghua Universität Wandzeitungen im Rahmen der derzeitigen Massenbewegung über die Revolutionierung des Erziehungswesens.

Die Gesamtzahl der Lehrer des Neuen China ist gegenwärtig über 7 mal so hoch wie vor der Befreiung. Gestählt durch die Revolution im Bildungswesen und durch ihre tiefe Verbundenheit mit den Arbeitern und Bauern hat sich ihr geistiges Anlitz gründlich geändert. Zudem wurden eine Anzahl Lehrer aus den Reihen der Arbeiter, Bauern, Soldaten sowie revolutionärer Techniker ausgewählt. Über 1,8 Millionen Arbeiter, Bauern und Soldaten sind nun als Teilzeitlehrer angestellt.

(Von Wu Nan, aus China Features)

Neue Broschüre zur Politik der GRF(KPD) erschienen

Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden

Die Notwendigkeit, die gegenwärtige Spaltung der revolutionären Kräfte zu überwinden, stellt sich heute mit immer größerer Schärfe. Angesichts dessen ist es bedauerlich, feststellen zu müssen, daß gegenwärtig die Sache der Einheit, was das Verhältnis der GRF (KPD) zur KPD/ML betrifft, Rückschläge erlitten hat. Die neue Broschüre der KPD/ML: „Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden – Zu den opportunistischen Positionen der GRF (KPD)" behandelt ausführlich und grundlegend diese Hindernisse, insbesondere die rechtsopportunistische Linie der GRF-Führer und stellt ihr in allen Fragen die revolutionäre marxistisch-leninistische gegenüber.

Dabei zeigt sich eines ganz deutlich: Der allseitige, schonungslose Kampf gegen den modernen Revisionismus, wie ihn die KPD/ML seit ihrer Existenz (und die Gründer bereits vorher) als Grundlage ihrer revolutionären Arbeit richtig in den Vordergrund rückte, ist der rote Faden, der jede Auseinandersetzung um die Einheit der Marxisten-Leninisten durchzieht. Sei es, daß die Entartung der KPD untersucht wird; sei es, daß bezüglich der Gründung von KPD/ML und GRF die richtige Herangehensweise herausgearbeitet wird; sei es, daß die Haltung zur Generallinie heute und früher betrachtet wird; oder sei es die gegenwärtige Politik der GRF (KPD), ihr Verhältnis zu den Aussagen des Marxismus-Leninismus, die überprüft wird – immer geht es darum, den Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus zu verteidigen, gegen alle bürgerlichen Einflüsse, gegen Trotzkismus und Sozialchauvinismus. Wenn man das **Wesen** des modernen Revisionismus nicht verstanden hat, wenn man ihn vor allem oder gar **nur** als Agentur des Sozialimperialismus zur Unterwanderung fremder Länder betrachtet, dann kann man ihn natürlich auch nicht umfassend und allseitig bekämpfen, dann muß man ihn in wesentlichen Bereichen ungeschoren lassen, wie das die GRF-Führer tun. Die Erfahrung der Arbeiterbewegung, nicht nur in unserem Land, zeigt aber eins unmißverständlich: wer den modernen Revisionismus nicht allseitig bekämpft, wer sein Wesen nicht wirklich verstanden hat, der verfällt zwangsläufig selber revisionistischen Abweichungen, der erliegt allen möglichen bürgerlichen Einflüssen. Hier, in der falschen Bestimmung des Wesens des modernen Revisionismus, liegt eine Quelle, eine gemeinsame Grundlage für alle früheren und heutigen Abweichungen und falschen Linien der GRF (KPD), wie verschieden sie auch jeweils voneinander zu sein scheinen.

Festhalten an den entscheidenden Fragen

Man muß aber die Demagogie gewisser Genossen der GRF (KPD) zurückweisen, die gegenwärtig ein großes Geschrei darüber erheben, daß sich „innerhalb der KPD/ML eine gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten gerichtete Linie durchgesetzt" habe. Der einzige Zweck dieser Behauptungen ist es, von der **inhaltlichen**, prinzipienfesten Auseinandersetzung um die Grundfragen der Einheit abzulenken, die sie fürchten. Das zeigte sich besonders deutlich an dem Artikel in der „Roten Fahne" (RF) 23/76, wo alle möglichen Punkte herangezogen wurden, um gegen die KPD/ML Stimmung zu machen, zu den entscheidenden Fragen des ideologischen Kampfes aber völlig geschwiegen wurde.

In dieser Situation ist die neue Broschüre eine scharfe Waffe im Kampf um die Einheit, der ja nichts gemein hat mit dem Aushecken von prinzipienlosen Vereinigungsprojekten, sondern im schonungslosen Aufdecken und Beiseiteräumen der Hindernisse für die Einheit bestehen muß. Die Broschüre beharrt auf den für die Einheit entscheidenden Fragen der Auseinandersetzung:

Teil A befaßt sich mit der unumgänglich notwendigen Selbstkritik der GRF-Führer, die allein zur wirklichen Beseitigung falscher Ansichten und Positionen beitragen kann. Am Beispiel der Haltung zur Generallinie, zur marxistisch-leninisten Weltbewegung und zum Kampf für die Einheit aller Marxisten-Leninisten wird aufgezeigt, daß nur das Aufdecken der Ursachen früherer Fehler, die Untersuchung all ihrer Auswirkungen und die gründliche Korrektur und Beseitigung der Abweichungen verhindern kann, daß auf den Trümmern alter, nur fallen gelassener, aber nicht gründlich kritisierter Fehler, wieder neue opportunistische Linien aufgebaut werden.

Die Haltung zur Generallinie

Insbesondere wird die gar nicht zu überschätzende Bedeutung der vollständigen und bedingungslosen Anerkennung der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung für die Einheit der Marxisten-Leninisten hervorgehoben. Dieser Punkt ist ganz besonders wichtig. Alle Erfahrungen des ideologischen Kampfes in der revolutionären Bewegung seit dem Verrat der modernen Revisionisten, haben bewiesen, daß die Frage der Generallinie einen Schlüssel für die Einheit der Marxisten-Leninisten darstellt. Die wirkliche Anerkennung der Generallinie ist eine absolut entscheidende Bedingung für die Einheit, ihre Ablehnung oder Verfälschung andererseits stets der Ausgangspunkt für alle Abweichungen.

Die KPD/ML hat sich vom Tag ihres Bestehens an bewußt und vollinhaltlich auf den Boden der Generallinie, des gemeinsamen Programms der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, d. h. aller ihrer Bruderparteien gestellt. Die GRF (KPD) dagegen ging bestenfalls von der Nichtexistenz einer solchen verbindlichen Generallinie aus, und sie tat dies noch bis vor kurzem. Selbst heute noch, nach Verabschiedung des Gemeinsamen Kommuniques, müssen alle Marxisten-Leninisten wachsam sein gegen alle Versuche, die große Bedeutung der Generallinie als gemeinsame verbindliche Grundlage aller Marxisten-Leninisten der ganzen Welt zu leugnen. Schon tauchen erneut von seiten der GRF (KPD) Theorien auf, nicht die ganze Generallinie, sondern nur „einige Prinzipien" daraus seien heute noch gültig; Theorien, die in der gemeinsamen Formulierung: „Es gilt, die dort verankerten revolutionären Prinzipien schöpferisch auf die heutige Weltsituation anzuwenden", die Hauptbetonung auf das „schöpferisch" legen, worunter sie verstehen, es müßten eben doch einige grundlegende Festlegungen geändert werden.

Zu all diesen Fragen liefert die neue Broschüre der KPD/ML eine klare marxistisch-leninistische Stellungnahme und belegt die wirkliche Entwicklung des ideologischen Kampfes.

Die Frage der Gründung und der Grundlagen der Kommunistischen Partei kann nicht umgangen werden!

Teil B der Broschüre befaßt sich mit der (von den Führern der GRF so gescheuten) Frage der Gründung und Entwicklung der KPD/ML und der GRF (KPD). Es werden die verschiedenen, im letzten Jahr aufgetauchten, völlig neuen (und völlig unwahren) Theorien über die Gründung der KPD/ML, ihre spätere „Entartung", die Gründung der GRF (KPD) usw. der Wirklichkeit gegenübergestellt. Es wird aufgedeckt, mit welchen unglaublichen Methoden die Broschüre der GRF (KPD) „Kritik der politischen Linie der KPD/ML" die historische Wahrheit umzulügen versucht.

In vier Abschnitten wird hier noch einmal ganz konkret auf die Frage der Bedingungen und Entwicklung der kommunistischen Partei in unserem Land eingegangen: Teil I untersucht die Entartung der KPD, den Verlauf des Kampfes zweier Linien, die Rolle der Marxisten-Leninisten, insbesondere des Genossen Ernst Aust dabei, die neue Theorie der GRF (KPD) von den „vielen marxistisch-leninistischen Arbeiterzirkeln ab 1960", bis hin zur erfolgreichen Vereinheitlichung der Marxisten-Leninisten und der Gründung der KPD/ML um die Jahreswende 1968/69.

Teil II nimmt die Kriterien, die die GRF in ihrer Broschüre an die Gründung der KPD/ML legte, beim Wort und entlarvt die Lügen zu dieser Frage, um dann im Folgenden (was die GRF-Führer tunlichst unterließen) an die Gründung der GRF (AO) ihre eigenen Kriterien zu legen.

Teil III prüft noch einmal die Behauptungen, die GRF (AO) sei bei ihrer Gründung prinzipienfest für die Hegemonie des Proletariats, für den bolschewistischen Parteiaufbau, für die Generallinie und gegen den modernen Revisionismus eingetreten.

Teil IV beweist, daß die KPD/ML entgegen den Hilfskonstruktionen der GRF-Führer 1971 keineswegs eine entartete Partei war, sondern daß sie ganz im Gegenteil im heftigen Kampf zweier Linien bewies, daß sie stärker als die Liquidatoren war.

Warum sind diese Fragen so wichtig? Die GRF-Führer bezeichnen sie gerne als „olle Kamellen", die heute uninteressant seien. In Wirklichkeit aber kann es ohne Klarheit und Einheit in diesen Fragen keine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten geben. Es ist doch wohl keineswegs gleichgültig, ob die neugegründete kommunistische Partei in Deutschland 1968 aus dem Kampf zweier Linien in der kommunistischen Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Generallinie entstanden ist, oder aber 1970 aus der Studentenbewegung auf zentristischen, stark trotzkistisch beeinflußten Grundlagen!

Die GRF-Führung zetert heute und tut so, als hätte von seiten der KPD/ML früher eine prinzipienlose „Vereinigung" zur Debatte gestanden und als sei unsere Haltung, daß es eine Einheit nur auf der Grundlage der korrekten Prinzipien der Gründung und Grundlagen der KPD/ML geben kann, etwas Neues. Im Theoretischen Organ Nr. III unserer Partei wird dazu festgestellt: „Dabei ist es allerdings unsere Ansicht, daß es eine prinzipienfeste Einheit nur auf der korrekten marxistisch-leninistischen Grundlage der Gründung und Entwicklung der KPD/ML geben kann. ... Wir gehen davon aus, daß es nur eine kommunistische Partei in unserem Land gibt, die KPD/ML. Daraus machen wir auch kein Geheimnis. Im Gegenteil: Wir haben das stets in der Arbeiterklasse propagiert und wir haben nicht vor, diese unsere Auffassung gegenüber den Genossen der anderen revolutionären Organisationen zum Zwecke der Anbiederung zu verheimlichen." (S. 427). Von einer Änderung der Haltung unserer Partei in dieser Frage kann also keine Rede sein.

Die GRF-Führer fürchten diese Frage deshalb so sehr, weil jeder, der die Tatsachen ehrlich prüft, nur zu dem Schluß kommen kann, daß die Gründung und der Aufbau der GRF (KPD) von Anfang an ein unberechtigter, spalterischer, gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten auf nationaler und internationaler Ebene gerichteter Akt war, und weil jeder, der dies einsieht, begreift, daß daraus unbedingt Konsequenzen zu ziehen sind.

Verteidigt den Marxismus-Leninismus!

Der **Teil C** der Broschüre befaßt sich mit der heutigen Linie der GRF-Führer und ihrer Verfälschung der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Dokumente der KOMINTERN. Im Gegensatz zu früher bedienen sich die GRF-Führer heute ja vieler Zitate der Klassiker, um ihre Linie zu „begründen". Dabei werden aber diese Schriften oft verstümmelt und verdreht. Diese Methode erschwert es heute vielen Mitgliedern und Anhängern der GRF (KPD) schneller das opportunistische Wesen ihrer Linie zu durchschauen, da sie ja scheinbar mit den Klassikern übereinstimmt. Daher werden in der Broschüre gründlich und detailliert einige der wichtigsten Fragen der heutigen Auseinandersetzung untersucht. Es werden die Argumente der Genossen der GRF sorgfältig überprüft, und sie werden dem Marxismus-Leninismus und der Wirklichkeit gegenübergestellt.

Es entsteht dabei ein umfassendes Bild der neuen rechtsopportunistischen Linie der GRF (KPD), ihre ideologischen Ursachen werden aufgedeckt, es wird Stellung genommen zu der Berufung auf Texte der chinesischen Genossen, die praktischen Auswirkungen der sozialchauvinistischen Linie im Klassenkampf werden untersucht.

Dabei fällt auf, daß manche Positionen, die von Anfang an von der KPD/ML scharf bekämpft wurden, nach einiger Zeit in der Schublade verschwanden. Es folgte aber nie, in keinem einzigen Fall, eine Selbstkritik, weder zur Unterstützung der Anwesenheit der US-Truppen, noch zum Konzept der Stärkung der imperialistischen Armeen im Rahmen der NATO, noch zur Forderung nach Atomwaffen als „gerechte Waffen" in Händen der westeuropäischen Imperialisten, noch zur Theorie der „zwei hauptsächlichen Widersprüche in Deutschland". Diese zutiefst unehrliche und opportunistische Methode einiger verantwortlicher Genossen, begangene Fehler nicht zu kritisieren, sondern einfach andere Formulierungen zu gebrauchen, muß unbedingt grundlegend ausgemerzt werden.

Gerade jetzt hat sich wieder gezeigt, daß dieses Vorgehen jeden wirklichen Fortschritt unmöglich macht. Nachdem die völlig absurde Theorie von den „**zwei** hauptsächlichen Widersprüchen" unhaltbar geworden war, (Mao Tsetung: „Im Entwicklungsprozeß eines komplexen Dinges gibt es eine ganze Reihe von Widersprüchen, unter denen stets **einer** der Hauptwiderspruch ist ... Jedenfalls steht es außer Zweifel, daß es in jeder Etappe eines Entwicklungsprozesses **nur einen einzigen** Hauptwiderspruch gibt, der die führende Rolle spielt."), da traten einige GRF-Führer seit Januar 1976 die Flucht nach hinten an, gingen noch einen Schritt weiter und erklärten: „... daß der nationale Widerspruch unter bestimmten Bedingungen zum Hauptwiderspruch in einem entwickelten kapitalistischen Land werden kann, das selbst imperialistisch ist. ... **Das trifft auf Deutschland zu ...**" (u.a. in RF 6/76) Damit hatten sie den entscheidenden Schritt zur Theorie der Sozialchauvinisten von der „nationalen Zwischenetappe" getan. Die neue Broschüre der KPD/ML weist eindringlich und unwiderlegbar nach, daß eine solche Theorie absolut unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus ist. Auf dieser Grundlage kann und wird es keinerlei Einheit geben! Jeder Genosse muß dazu beitragen, diese Linie völlig zu schlagen.

Heute nun kommen gewisse Genossen daher und behaupten (RF 23/76), so etwas hätten sie nie gesagt, bzw. diese Aussagen seien nur intern verbreitet worden, und überhaupt, heute jedenfalls verträten sie ganz etwas anderes, nämlich wieder die Theorie von den zwei hauptsächlichen Widersprüchen! Hier wird deutlich, wie notwendig das Prinzip von Kritik und Selbstkritik ist, um eine prinzipienlose Taktiererei, je nach Lage der Dinge, zu verhindern und eine feste marxistisch-leninistische Grundlage zu schaffen.

Eines muß klar sein: In den grundlegenden Fragen der Revolution in unserem Land darf kein Zweifel an dem Allgemeingut aller Marxisten-Leninisten gelassen werden: „In der kapitalistischen Gesellschaft bilden die beiden hauptsächlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch. Die anderen Widersprüche ... werden vom Hauptwiderspruch bestimmt, stehen unter seinem Einfluß." (Mao Tsetung) Die Verwischung dieses Widerspruches ist das grundlegende Wesen **jeder** bürgerlichen, revisionistischen und opportunistischen Strömung.

Es ist genau so, wie es die Broschüre in ihrem Vorwort feststellt: Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden, und diese Hindernisse bestehen einzig und allein in den opportunistischen Positionen der GRF-Führer zur Generallinie, zu den grundlegenden Fragen der Revolution in Deutschland und zur Frage der Partei. Fortschritte auf dem Weg zur Einheit kann es nur im Kampf zur Isolierung und Schlagung dieser Linie geben. Diesen Kampf zu führen, ist heute die Aufgabe aller Revolutionäre, die die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer bolschewistischen Partei wollen.

DIE HINDERNISSE FÜR EINE PRINZIPIENFESTE EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN MÜSSEN AUSGERÄUMT WERDEN!

Zu den opportunistischen Positionen der GRF(KPD)

VERLAG ROTER MORGEN

Preis: 5,30 DM

202 Seiten, broschiert

Bestellungen an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2 000 Hamburg 11
Postfach 11 16 49

Aus aller Welt

GROSSBRITANNIEN

Mehrere tausend Studenten des ganzen Landes stehen im Kampf gegen die ständig steigenden Bildungskosten und die hohe Arbeitslosigkeit. Über 100 Schulen sind von Schülern und Studenten besetzt. In London, Edinburgh, Cardiff, Glasgow und anderen Städten beteiligten sich über 20 000 Studenten an Demonstrationen. Vor dem Erziehungsministerium in London kam es zu Massenkundgebungen. Dabei solidarisierten sich die Studenten mit der Arbeiterklasse, deren Kämpfe in ganz England immer mehr zunehmen. In Cardiff beispielsweise organisierten die Werktätigen zusammen mit den streikenden Studenten eine Demonstration gegen die Kürzung staatlicher Zuschüsse im sozialen Bereich.

Die Staatsausgaben für Erziehung, Schule und Universität wurden in England im letzten Jahr um 35% gekürzt. Das bedeutet, daß viele Schulen geschlossen, Lehrer entlassen wurden und die Kinder armer Familien die Schule vorzeitig verlassen müssen. Nach offiziellen Schätzungen werden allein in diesem Jahr 240 000 Schul- und Universitätsabgänger das Heer der Arbeitslosen noch vergrößern.

SIZILIEN

Nach Meldungen der Zeitung ,,Nouva Unita", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, verschärft sich der Kampf der Arbeiter und Bauern in Sizilien. Vor allem die Arbeiter in den Niederlassungen der großen Monopole wie Fiat, Pirelli, Siemens, Italcimento u.a. organisierten zusammen mit den kleinen Bauern und Studenten Kampfaktionen. So blockierten sie beispielsweise die Einfuhr von Kunstdünger aus Spanien. Unter dem Vorwand, es gebe keinen Absatz mehr, hatte die Firma Montedison, die Kunstdünger herstellt, 500 Arbeiter entlassen. Gleichzeitig wurde der Preis für Kunstdünger, den die armen Bauern zahlen müssen, beträchtlich erhöht. ,,Diese Bewegung", schreibt „Nouva Unita", „ist von großer Bedeutung, da sie im praktischen Kampf die Einheit zwischen der italienischen Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft herstellt."

THAILAND

Den Soldaten der Volksbefreiungsarmee gelang es, einen Jagdbomber der thailändischen Luftwaffe abzuschießen, der Napalm über verschiedene Dörfer in Nordthailand abgeworfen hatte, in denen die Regierung Revolutionäre vermutete. In anderen Teilen des Landes kam es zu Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen, Polizei und Studenten und Schülern. Die Polizei tötete einen Studenten und verletzte 40 weitere zum Teil schwer. Mehrere Polizisten wurden von den Demonstranten verletzt.

SÜDKOREA

In der ersten Maiwoche traten mehr als 1200 Arbeiter der amerikanischen Monopolgesellschaft Combine Continental in Südkorea in den Streik. Sie protestierten gegen die Ausplünderung ihres Landes durch die amerikanischen Imperialisten und forderten höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Pak-Faschisten ließen gegen die Streikenden Hunderte von Polizisten anrücken.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten lassen nicht nach im Kampf gegen die britischen Besatzer. In Newry führten sie eine Aktion gegen ein Zentrum der Besatzer durch und verletzten drei Reaktionäre schwer. Auf dem Rückweg kam es zu schweren Kämpfen mit einer Straßensperre der Polizei, wobei ein Polizist niedergeschossen wurde. In Belfast wurden mehrere Zentren des Feindes durch Bomben zerstört. Bei Zusammenstößen zwischen Patrioten und der britischen Armee südlich von Belfast wurden drei Soldaten verwundet.

SPANIEN

In den baskischen Provinzen verstärken die Patrioten ihren Kampf gegen die grausame monarchofaschistische Diktatur. Am 9. Juni schossen drei Widerstandskämpfer gegen den berüchtigten Bürgermeister von Vassauri, einen alten Faschisten. Kurz zuvor war der Bürgermeister einer anderen Kleinstadt getötet worden.

USA

Der Streik der amerikanischen Arbeiter in der Gummi- und Kautschukindustrie dauert an. Die Streikenden lehnten ein halbes Angebot der Kapitalisten ab, das ihren Forderungen nicht entsprach. Sie verlangen die Wiedereinstellung entlassener Kollegen, neue Arbeitsverträge und bessere Arbeitsbedingungen. In San Francisco traten ebenfalls einige tausend Arbeiter in den Streik um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Arbeitslosigkeit. Auch der Streik der Hafenarbeiter in Philadelphia, durch den der gesamte Hafenbetrieb lahmgelegt wird, wird weitergeführt.

OSTTIMOR

Der Kampf des Volkes von Osttimor gegen die indonesischen Aggressoren dauert an. Anfang Juni kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Soldaten des Volkes und feindlichen Truppen, bei denen zehn Faschistensoldaten getötet wurden.

CHILE

Die KZs und Gefängnisse in Chile sind Zentren des Widerstands gegen die faschistische Diktatur. Vor einigen Wochen veröffentlichten die politischen Gefangenen ein Manifest, in dem es heißt: „Wir, die politischen Gefangenen, sind durch Folteranstalten gekommen und haben die ganze Wucht der Unterdrükkung der Gorillas durchgemacht, womit sie unseren Verrat, unser Zerbrechen bezweckten. Aber ihre Bestialität, ihre Irrationalität haben nur dazu gedient, unsere Überzeugung und unser Vertrauen zum revolutionären Kampf und zum endgültigen Sturz der Diktatur zu bekräftigen. Wir haben die Gefängnisse und Konzentrationslager in Widerstandszentren gegen die Diktatur umgewandelt, weil wir bewiesen haben, daß es möglich ist, unter diesen schweren Bedingungen zu kämpfen und wir die Pflicht haben, in dieser Form den Kampf, den unsere Kollegen im Land führen, zu stärken."

MOZAMBIQUE

Die Regierung von Mozambique hat Anfang Juni eine große Kampagne zur Gesundheitsvorsorge eingeleitet. Demnach werden innerhalb der nächsten drei Jahre alle neuneinhalb Millionen Einwohner von Mozambique gegen Pokken, Masern und Tuberkulose geimpft werden.

Seit Ausrufung der Unabhängigkeit hat die Bevölkerung in allen Landesteilen große Anstrengungen zur Verhütung und Heilung von Krankheiten unternommen. Die allgemeine Impfkampagne ist die umfassendste und größte dieser Kampagnen.

ARGENTINIEN

Der Chef der faschistischen Polizei Argentiniens wurde am 18. Juni in seinem Haus von einer Bombe zerrissen, die Revolutionäre gelegt hatten. Er ist seit 1974 bereits der zweite Chef der Polizei, der von Kräften des Volkes hingerichtet wurde.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL
Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)
Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (M-L)

Türkei
HALKIN SESİ 42

Erklärung der Mission des Demokratischen Kampuchea in Frankreich

Mehr als ein Jahr ist seit dem glorreichen 17. April 1975 vergangen, als das Volk und die Revolutionäre Armee von Kampuchea ihr Vaterland vollständig und endgültig von den imperialistischen amerikanischen Aggressoren und den Verrätern befreiten. In der kurzen Zeit seit dem Ende des barbarischen Vernichtungskrieges, ist es dem Volk von Kampuchea gelungen, im wesentlichen die Probleme hinsichtlich der Ernährung, der Wohnungen, der Kleidung und der Medikamente zu lösen, indem es entschlossen an seinem Standpunkt der Unabhängigkeit und Freiheit und des Sich-Stützens auf die eigenen Kräfte festhielt. Die Autorität der Regierung des Demokratischen Kampuchea wird auf dem gesamten nationalen Territorium anerkannt, und die Sicherheit ist vollständig garaniert.

Die Tatsache, daß nach den allgemeinen Wahlen vom 20. März 1976 neue staatliche Instanzen, entsprechend dem Geist und den Buchstaben der Verfassung des Demokratischen Kampuchea, die am 5. Januar 1976 feierlich verkündet wurde, hat die begeisterte Zustimmung der Nation und des Volkes von Kampuchea gefunden. Alle Schichten der Bevölkerung sind der neuen Gesellschaft von Kampuchea zutiefst verbunden, wo Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit und wahre Demokratie herrschen, wo es weder reich noch arm gibt, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen. Das erklärt, warum gegenwärtig unser ganzes Volk, Männer, Frauen, jung und alt, Kämpfer, Kämpferinnen und Kader der Revolutionären Armee, mit Begeisterung an der großen Bewegung in der Produktion, beim Bau von Deichen und Kanälen teilnehmen. Eine neue Form der Erziehung und der Lehre, die eng verbunden ist mit der Produktion und die den Wünschen der Massen entspricht, beweist gegenwärtig ihre Wirksamkeit.

Was die Außenpolitik angeht, so hält das Demokratische Kampuchea fest an seiner Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Blockfreiheit. Es mischt sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Es respektiert gewissenhaft das Prinzip, daß jedes Land souverän ist und das Recht haben muß, über seine eigenen Angelegenheiten ohne Einmischung von außen zu entscheiden. Das Demokratische Kampuchea wehrt sich entschieden gegen jede äußere Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, gleichgültig, in welcher Form dies geschieht.

Entsprechend dieser Prinzipien verwahrt sich die Mission der Regierung des Demokratischen Kampuchea gegenüber der französischen und internationalen Öffentlichkeit gegen die Kampagne des Anschwärzens und der Verleumdung gegen das Demokratische Kampuchea, die zur Zeit von bestimmten Journalisten betrieben wird, die ihren Beruf in den Schmutz ziehen und sich so weit erniedrigen, daß sie zu plumpen Lügen greifen, um ihr Brot zu verdienen. Die französischen Autoritäten tragen bei diesen Aktivitäten einen großen Teil die Verantwortung, die die Ehre und Würde des Demokrtaischen Kampuchea antasten. Diese Haltung straft die oft wiederholten Versicherungen dieser Autoritäten Lügen, daß sie entschlossen seien, ihre Beziehungen zur Regierung des Demokratischen Kampuchea zu normalisieren.

Indira Gandhi in Moskau

Indien-noch fester im Griff der Kreml-Zaren

Vor kurzem hielt sich die indische Ministerpräsidentin zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in der Sowjetunion auf. Daß die russischen Sozialimperialisten mit Indien besondere Pläne hegen, zeigte schon die Begrüßung auf dem Flugplatz durch die Führungsspitze der Neuen Zaren im Kreml: Breschnew, Kossygin und Gromyko waren persönlich erschienen, um diese Frau, die über die werktätigen Millionenmassen Indiens eine faschistische Diktatur errichtet hat, als alte Freundin zu begrüßen.

Zur Verhandlung standen verschiedene politische, wirtschaftliche und militärische Fragen an. So boten die russischen Sozialimperialisten an, weitere „Hilfe" beim Aufbau der Buntmetall- und Textilindustrie, auf dem Gebiet der Elektronik und der Landwirtschaft zu leisten. Wie aber sieht diese „Hilfe" aus? Schon jetzt kontrollieren die russischen Sozialimperialisten durch ihre sogenannte „Hilfe" und Kredite über 80% der Maschinenbauindustrie, 60% der Elektroindustrie, 80% der Erdölproduktion, 30% der Stahlproduktion usw.

In Wahrheit sind diese angeblichen Beziehungen der „Freundschaft und der Hilfe" neokolonialistische Beziehungen reinsten Wassers, die es den Kremlzaren ermöglichen, sich an der Ausplünderung des indischen Volkes zu beteiligen und das Land in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht immer mehr unter ihre Kontrolle zu bringen.

Ein klares Beispiel für dieses Verhältnis, Herr und Diener, war die Aufwertung des Rubels gegenüber der indischen Rupie im letzten Jahr. Einseitig werteten die russischen Sozialimperialisten ihre Währung auf, so daß die Schulden Indiens in Moskau durch ein einfaches Rechenexempel plötzlich um 30% höher als zuvor waren.

Die Gegenleistung der russischen Sozialimperialisten besteht darin, daß sie der reaktionären indischen Großbourgeoisie und ihrer Gandhi-Regierung Rückenstärkung geben, soweit sie Maßnahmen durchführen, die sich gegen das indische Volk bzw. auch gegen die anderen Völker Asiens richten.

Als die Gandhi-Clique 1974 den Eisenbahnerstreik von 1,8 Millionen Arbeitern blutig niederschlug, 50 000 Arbeiter innerhalb von vier Tagen ins Gefängnis steckte, als Armee gegen die Streikenden eingesetzt wurde, als 680 000 streikende Arbeiter entlassen wurden, als Indira Gandhi schließlich ein Jahr später eine offen faschistische Diktatur der Großbourgeoisie gegen die Werktätigen errichtete, da war aus Moskau stets zu hören; das seien Maßnahmen „zur Rettung Indiens". Anläßlich des jüngsten Besuches entblödete sich die „Prawda" nicht einmal hervorzuheben, daß die revisionistische KP Indiens treu diese Maßnahmen der Gandhi-Clique stützt und eine „konstruktive Rolle" bei diesen Maßnahmen gegen das Volk spielt.

Die russischen Sozialimperialisten haben Indien bereits weitgehend in eine Kolonie verwandelt. Der jüngste Besuch Indira Gandhis wie auch die angekündigten Gipfeltreffen, die in Zukunft regelmäßig stattfinden sollen, dienen dazu, Dehli noch fester vor den Karren des Kremls zu spannen, zum einen, um sich Indien vollständig einzuverleiben, zum anderen, um die reaktionäre Gandhi-Clique für die Hegemoniebestrebungen des russischen Sozialimperialismus in Asien noch mehr einzusetzen.

Kämpfe erschüttern das Vorster-Regime

Fortsetzung von Seite 1

Reden über einen friedlichen Ausgleich mit dem Regime, das jetzt „bestimmt zu Zugeständnissen bereit" sei, abzuwürgen. Diese Manöver sind nicht neu und ebenso wie früher wird sie das Volk von Azania auch jetzt zum Scheitern verurteilen.

Gefährlicher noch als diese Manöver ist der Verrat der modernen Revisionisten am Befreiungskampf des Volkes von Azania. Sie haben in der letzten Zeit, angesichts des Aufschwungs der Kämpfe, ihre Taktik etwas geändert und reden jetzt öfter von „bewaffnetem Aufstand". Aber in Wirklichkeit verbirgt sich dahinter in neuem Gewand der alte Versuch, das Vertrauen des Volkes in seine eigenen Kräfte zu untergraben, Pessimismus und Resignation zu erzeugen, dem Volk einzureden, es müsse sein Schicksal in ihre Hände und vor allem in die Hände des russischen Sozialimperialismus legen, wenn es siegen wolle. Diese verräterische Politik schwächt die Einheit und die Kampfkraft des Volkes, sie nützt



Dieser Junge wurde von den Rassisten erschossen.

dem rassistischen Regime und vor allem dem russischen Sozialimperialismus, der mit Hilfe der modernen Revisionisten hofft, wie in Angola eine neue Knechtschaft über das Volk von Azania zu errichten.

Der „Pan Africanist Congress" und die anderen revolutionären Kräfte des Volkes von Azania führen deswegen einen entschlossenen Kampf nicht nur gegen das rassistische Regime und seine imperialistischen Herren, sondern auch gegen die modernen Revisionisten, ohne deren vollständige und allseitige Entlarvung der Sieg des Volkes von Azania in seinem Befreiungskampf unmöglich ist.

Die Kämpfe in Soweto haben einmal mehr angezeigt, daß im Befreiungskampf des Volkes von Azania eine ausgezeichnete Lage herrscht. Die Demonstrationen in den Städten, die Streiks in den Bergwerken verbinden sich mit dem von den Patrioten geführten bewaffneten Kampf immer mehr zu einer unwiderstehlichen Strömung, die das jahrhundertealte Unterdrückerregime hinwegfegen wird.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Veranstaltung mit Vertretern des PAC

Rede des Genossen Gqobose

In einer begeisternden Atmosphäre, getragen vom Geist des proletarischen Internationalismus fand am 18. Juni in Dortmund die erste Veranstaltung für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania und seiner Befreiungsorganisation, des „Pan Africanist Congress" statt. Ungefähr 700 Freunde und Genossen der KPD/ML, der GRF (KPD) und der Liga gegen den Imperialismus waren gekommen. Als Vertreter des PAC nahmen Genosse Gqobose, Gründungsmitglied des PAC, Mitglied des Zentralkomitees und Schatzmeister, und Genosse Mngasa, der „Vertreter des PAC für Britannien und Europa" an der Veranstaltung teil. Die Hauptrede des Abends hielt Genosse Gqobose.

Grußadressen trafen ein von der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der Roten Hilfe, dem Regionalkomitee des KSV und der antiimperialistischen Zeitung „Der Funke". Während der Veranstaltung traten Agitproptruppen der KPD/ML und der GRF (KPD) auf, darunter auch eine Kindergruppe des KJVD, die ein afrikanisches Lied vorgetragen hat. Die Veranstaltung wurde mit einer Rede eines Genossen unserer Partei eröffnet. Anschließend hielt ein Vertreter der GRF (KPD) eine Rede. Vor allem die Reden des Genossen unserer Partei und des Genossen Gqobose wurden immer wieder durch Beifall und Parolen unterbrochen. Die Sammlung, die für die Unterstützung des Kampfes des PAC durchgeführt wurde, ergab 4 340 DM und zwei Uhren (das gesammelte Kleingeld, das bei Redaktionsschluß noch nicht ausgezählt war, nicht gerechnet). Ein Vertreter des Landesvorstandes der KPD/ML überreichte Genossen Gqobose zum Zeichen der Verbundenheit unserer beider Völker und Parteien zwei kleine Fahnen der KPD/ML und des PAC. Bevor die Veranstaltung mit der Internationale beendet wurde, richtete Genosse Mngasa noch einige Worte des Dankes an die Versammlung.

Wir drucken im Folgenden einige Auszüge aus der Rede des Genossen Gqobose ab, die sich mit der ideologischen und politischen Linie des PAC und der Bedeutung der Verbundenheit des Kampfes der unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern beschäftigte. Nachdem Genosse Gqobose den PAC als eine Befreiungsorganisation, die für die nationaldemokratische Revolution kämpft und sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt, vorgestellt hatte, erklärte er unter anderem:

„Unsere Untersuchungen über die Revolution lehren uns, daß der Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen eine solide Basis für die Ausarbeitung einer korrekten revolutionären Linie darstellen. Folgerichtig ist der PAC zu der Überzeugung gekommen, daß ein revolutionärer Kampf, der sich auf die Massen des Volkes stützt, unbedingt siegreich sein wird, sogar dann, wenn die Massen einer Supermacht oder einer Vereinigung von Supermächten gegenüberstehen.

Das Volk muß sich, durch die Teilnahme an den gegenwärtig stattfindenden Kämpfen, selbst befreien. **Und der beste Weg dahin ist die Strategie des Volkskrieges und die Anwendung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen.**

Für den PAC bedeutet die Teilnahme der Massen am Befreiungskampf den wirklich nationalrevolutionären Krieg. Nur die werktätigen Massen haben den Willen, den Mut und die Möglichkeiten, den Volkskrieg zu führen, der darauf gerichtet ist, das bestehende kapitalistische System zu zerschmettern und es durch den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Die Diktatur der Bourgeoisie muß durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden. Diejenigen ‚Kommunistischen' Parteien, die das Prinzip der Diktatur des Proletariats entweder abgeschwächt oder ganz aufgegeben haben, sind für den PAC revisionistische Parteien, die die Revolution verraten haben.

Der PAC weist die revisionistische Linie der ‚friedlichen Koexistenz', des ‚friedlichen Wettbewerbs', des ‚friedlichen Übergangs und Wechsels', die von Chruschtschow 1956 vorgelegt wurde und die von der gegenwärtigen Führung der Sowjetunion immer noch verfolgt wird, zurück. Wir betrachten diese Linie als Rückkehr zum Kapitalismus und als Nährboden für die ‚Entspannung', die nichts anderes ist, als ein Plan der beiden Supermächte – USA und Sowjetunion – die Welt für ihre imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung in Einflußsphären aufzuteilen. Es ist die Pflicht der Kommunistischen Parteien (Marxisten-Leninisten) den USA-Imperialismus und seine Lakaien entschieden zu verurteilen, ebenso wie es ihre Pflicht ist, das gleiche mit der imperialistischen Sowjetunion und deren Lakaien zu tun, und die Massen zum Volkskrieg gegen diese beiden Ungeheuer zu mobilisieren." (. . .)

„Das Proletariat und die anderen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern sind unsere natürlichen Freunde und Verbündeten, weil sie genauso unterdrückt und ausgebeutet werden, wie wir auch. Die werktätigen Volksmassen in der Dritten Welt sind unsere Genossen und natürlichen Verbündeten, weil sie wie wir alle unterdrückt und ausgebeutet werden. Wir unterstützen sie und sie unterstützen uns.

Wir alle, ob in der Dritten Welt oder in den industrialisierten Ländern sind durch gemeinsame revolutionäre Aufgaben und gemeinsame proletarische Ziele miteinander verbunden. Deshalb ist die Einheit und die Solidarität zwischen uns stark und unerschütterlich." (. . .)

„In Zimbabwe wird das Volk sehr bald im Kampf seine Freiheit errungen haben. In Namibia entwickelt sich der Kampf ganz ausgezeichnet. In unserem eigenen Land, Azania, sind das Vorster-Regime und seine Bantustan-Lakaien von den revolutionären Massen, die von ihrer Befreiungsorganisation geführt werden, umzingelt. Die Rassisten und ihre imperialistischen Herren sind heute in Azania in Panik geraten. Vorster und Kissinger wollen sich in diesem Monat irgendwo in Westdeutschland treffen – und sie tun das unter dem Eindruck der drohenden Niederlage durch die Volksmassen, die beständig zum Sieg und zur Freiheit vorwärtsmarschieren. Die Massenorganisationen des Volkes von Azania haben das rassistische Regime Vorsters offen herausgefordert, wie die Ereignisse dieser Woche in Johannesburg gezeigt haben. Die Bauern in den sogenannten Bantustans kämpfen erfolgreich gegen das betrügerische System der Bantustans, mit dem sich solche Lakaien wie Matanzima, Butelezi, Mangope und andere in Azania beschäftigen, um die Welt zu betrügen.

Genossen!

Der bewaffnete Kampf im südlichen Afrika entwickelt sich ausgezeichnet. Der Feind ist schon in großer Verwirrung. Er braucht noch heftigere Schläge, damit er vollständig zerschmettert wird.

Genossen!

Vereinigen wir uns, um die Kämpfe der Völker in Westeuropa, Nordamerika und der Dritten Welt gegen den Rassismus, die beiden Supermächte – USA und Sowjetunion – und ihre Verbündeten zu führen!"





Ein Vertreter des Landesverbandes NRW der KPD/ML überreichte den Genossen des PAC zum Zeichen der Verbundenheit unserer beiden Völker und Parteien zwei kleine Fahnen der KPD/ML und des PAC.

Spendet für die Unterstützung des Pan Africanist Congress!

Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund, Konto-Nr. 321 004 547
Vorstand der KPD/ML; Stichwort; PAC

Bolivien

Bergarbeiter im Streik

Der Streik der 50 000 bolivianischen Bergarbeiter in den Bergbaugebieten um die Städte Siglo Veinte, Catavia und andere dauert jetzt schon über zwei Wochen an. Die Arbeiter in den Zinnbergwerken traten in den Streik, um für eine Verbesserung ihrer elenden Lebenslage, gegen die faschistische Diktatur des Regimes Banzer und den Ausverkauf der nationalen Interessen an den Imperialismus, vor allem den amerikanischen Imperialismus zu kämpfen.

Allein in den letzten drei Monaten haben sich die Lebenshaltungskosten in Bolivien um mehr als 100% erhöht. Die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter sind verboten und das Regime lehnte jede Lohnerhöhung ab. Es handelt damit vor allem im Auftrag der internationalen kapitalistischen Konzerne, die das bolivianische Volk und seine Reichtümer hemmungslos ausplündern. So besuchte der amerikanische Außenminister Kissinger erst kürzlich Bolivien. Kissinger versicherte dem faschistischen Banzer-Regime alle erdenkliche Hilfe und Unterstützung, einschließlich Waffenhilfe für die reaktionäre Armee, damit sie die Rebellion und die patriotische Bewegung im Land unterdrücken kann.

Das faschistische Banzer-Regime antwortete auf den Streik der Bergarbeiter mit brutalem Terror. Am 9. Juni wurde der Ausnahmezustand über die Zinnbergwerke verhängt; jeder Streik, jede Demonstration wurde verboten. Gleichzeitig ließ das Regime sechs der wichtigsten Zinnbergwerke von seinen Truppen besetzen und viele Bergarbeiter verhaften. Alle Bergbaugebiete wurden von starken Einheiten der Armee umstellt und die Versorgung dieser Gebiete mit Wasser, Lebensmitteln und Strom unterbrochen. Aber weder Terror noch Blockade konnten die Entschlossenheit der Bergarbeiter brechen. In einer Erklärung bekräftigten die streikenden Arbeiter, ihren Streik so lange fortzusetzen bis alle ihre verhafteten Kollegen freigelassen sind und die Truppen die Bergbaugebiete verlassen haben.

Sofort nach dem Beginn der großen Streiks erhoben sich auch die bolivianischen Studenten und führten in den größten Städten des Landes machtvolle Solidaritätsdemonstrationen mit den Arbeitern durch. Sie forderten gleichzeitig die Freilassung einer vom faschistischen Regime verhafteten Kommilitonin und protestierten gegen die Versuche der Diktatur, sie zum Militärdienst zu zwingen. Auch hier gingen Armee und Polizei mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor. **Dabei wurden zwei Studenten getötet, zahlreiche weitere wurden festgenommen.**

In den Kämpfen der Bergarbeiter und Studenten steht die Kommunistische Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten in den ersten Reihen. „Das bolivianische Volk", erklärte „Liberation", das Zentralorgan der Partei vor einiger Zeit, „lebt unter schwierigen Bedingungen. Das Land macht eine schwere wirtschaftliche und politische Krise durch. Das ist das Ergebnis der von der Diktatur verfolgten volksfeindlichen und gegenüber den imperialistischen Interessen unterwürfigen Politik, der unrechtmäßigen und zügellosen Bereicherung der Militärclique und der Vertiefung der Widersprüche und der inneren Streitigkeiten. Die Diktatur versucht, die werktätigen Massen zu terrorisieren, die Massenorganisationen zu zerstören und die Aktionen der Massen zu verhindern, um auf ihre Schultern die ganze Last der Wirtschaftskrise abzuwälzen und so die Interessen des Imperialismus und der Monopole zu verteidigen. Die Bourgeoisie hat ihre Karten offen auf den Tisch gelegt. Sie geht unbarmherzig gegen das Volk vor, übt Terror aus und schreitet, in dem Bemühen, ihr unvermeidliches Ende zu verlängern, der vollständigen Faschisierung des Staates entgegen."

Die KP Boliviens/ML zeigt dem bolivianischen Volk, daß es nur einen Weg gibt, um dieser Situation Herr zu werden: „Alle Kräfte, die vereinigt werden können zusammenzuschließen und entschlossen gegen den Faschismus auf allen Gebieten zu kämpfen; das Volk, hauptsächlich die Arbeiter, Bauern und Studenten zusammenzuschließen und Aktionen zu entfalten, um den Plänen der Diktatur die verdiente Antwort zu erteilen. . . . Die KP Boliviens/Marxisten-Leninisten ruft alle revolutionären Kräfte auf, ihre Aktionen in einer zu vereinen, um entschlossen gegen die Diktatur und den Imperialismus zu kämpfen." Ihre Losungen sind: **„Für allgemeine Lohnerhöhungen! Für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und der gewerkschaftlichen Freiheit! Für die Verteidigung der nationalen Souveränität und die Rückgabe der Naturreichtümer, die sich heute in der Hand internationaler Monopole, hauptsächlich amerikanischer, befinden!"**

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Sittlichkeitsverbrecher

Wer reich ist, kann mit Nachsicht rechnen

Korrespondenz – In jedem Jahr fallen Tausende von Kindern Sittlichkeitsverbrechen zum Opfer. Wie der folgende Bericht einer Genossin der „Roten Hilfe" aus Würzburg zeigt, tun Polizei und Gerichte auch hier ihre „Pflicht": Wer reich ist, zur „gehobenen" Schicht oder gar zur Bourgeoisie selbst gehört, kann auf jeden Fall auf Milde und Nachsicht von Polizei und Gerichten rechnen — die bürgerliche Klassenjustiz spricht auch hier ihre Urteile nicht im „Namen des Volkes", sondern im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse.

Die Genossin hat zwei Töchter im Alter von neun und elf Jahren. Sie erzählten ihr, daß sich in dem Hallenbad, das sie oft besuchen, immer ein älterer Mann im Kinderbecken aufhält, dort taucht und die kleinen Mädchen, darunter auch die Töchter der Genossin, unsittlich belästigt. Diese Vorfälle wurden dem Bademeister gemeldet. Dabei stellt sich heraus, daß der Mann schon seit zwei Jahren regelmäßig das Hallenbad besucht, daß er dort „bekannt" ist und über ihn viele Meldungen vorliegen. Eine Bekannte der Genossin ertappte den Mann schließlich auf frischer Tat, als er gerade ihre Tochter belästigte. Sie nimmt sich vor, ihn anzuzeigen, die beiden Töchter der Genossin und noch vier weitere Kinder stellen sich als Zeugen zur Verfügung. **Die Frau ging zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Dort wurde ihr aber erklärt, es handele sich um einen Bagatellfall.** Erst als sie nicht lokker ließ und zur Kriminalpolizei ging, wurde die Anzeige aufgenommen und es kam zur Gerichtsverhandlung. Dort stellte sich heraus, daß es sich bei dem Mann, um einen gewissen Friedrich W., 60 Jahre alt und Frührentner seit 20 Jahren, handelt. Die Rente von 2 000 DM, die er monatlich bezieht, weist ihn als Angehörigen der „oberen Klassen" aus und dementsprechend wird er auch vom Gericht behandelt.

Selbstverständlich hatten die Kinder alle ziemliche Angst vor dem Richter und sie wollten, daß bei ihrer Aussage der Mann rausgeschickt wird. Der Richter tat aber das genaue Gegenteil und schickte die Mutter raus, um die Mädchen umso besser einschüchtern zu können. „Ihr müßt die Wahrheit sagen", fuhr er sie an, „und wenn ihr nichts mehr wißt, dann sagt lieber, ihr wißt es nicht mehr, denn sonst ist es etwa so, als ob jemand in einem Kaufhaus stiehlt und dann einen anderen beschuldigt . . ." Die Mädchen ließen sich aber nicht einschüchtern und blieben bei ihrer Aussage. Als alle Kinder ausgesagt hatten, wollte der Richter sie und die Mutter nach Hause schicken, damit ja keiner etwas erfahren sollte und der Angeklagte womöglich ganz und gar freigesprochen worden wäre. Die Genossin erklärte ihm aber, daß das doch eine öffentliche Verhandlung sei und blieb da.

Herr Friedrich W. präsentierte nun einen Gutachter. Er war seit einiger Zeit in psychologischer Behandlung und da hatte er sich genau den richtigen Mann als Gutachter zu seinen Gunsten ausgesucht. Es handelte sich nämlich um einen gewissen Dr. Heinrichs, der Polizei und der Öffentlichkeit bestens bekannt. Dieser Dr. Heinrichs hatte auch das „Gutachten" im Prozeß gegen den Genossen Hans M. abgegeben. Der Genosse war in Würzburg von der Polizei bei einer Aktion gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife schwer zusammengeschlagen worden. **Das Gutachten des Dr. Heinrichs hatte damals darin bestanden, festzustellen, der Genosse hätte sich seine Verletzungen selbst beigebracht — und das noch in bewußtlosem Zustand.**

Mit vielen Fremdwörtern gespickt erstattete er jetzt sein Gutachten, erzählte von einer schweren Bandscheibenoperation, anschliessendem Kreislaufkollaps, falscher Behandlung in der Klinik und daraus resultierender Impotenz und gab dies alles zu „bedenken". Es stellte sich aber heraus, daß dieser Herr W. schon vor 20 Jahren einmal wegen Sittlichkeitsvergehen vor Gericht gestanden hatte und damals konnte natürlich keine Rede von „Bandscheibenoperationen" sein. Schließlich setzte der Verteidiger mit seinem Plädoyer dem Ganzen die Krone auf. **Er beantragte den Freispruch für seinen Mandanten, weil er in seinem früheren Geschäftsleben ein „angesehener Mann" gewesen sei. Schließlich müßte man auch berücksichtigen, daß er aus einer gehobenen „Schicht" kommt und ohnehin schon genug körperlich und seelisch geschädigt sei.**

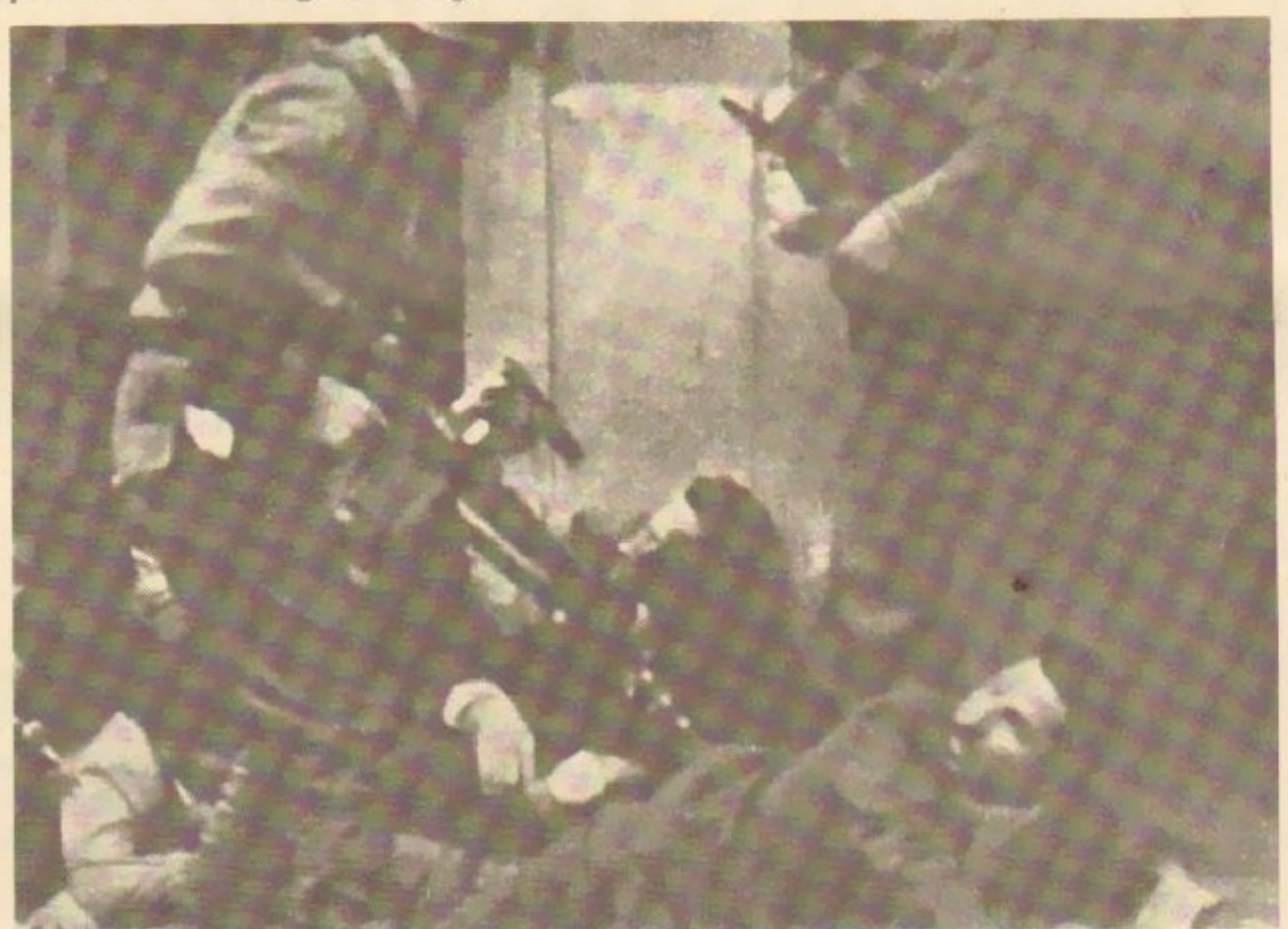
Das Urteil trug dem Rechnung: 6 Monate auf Bewährung und 800 DM Geldstrafe ans Rote Kreuz. Nicht einmal Badeverbot hat er bekommen. Ob die Kinder einen Schaden davongetragen haben, wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Wäre Herr. W. ein einfacher Arbeiter gewesen, hätte man ihn sicherlich gleich in eine Anstalt eingeliefert und man hätte ihn dort, wenn er tatsächlich ernsthaft krank gewesen wäre, vollends ruiniert. Die Empörung der Eltern über dieses Urteil war ziemlich groß. Die bürgerliche Klassenjustiz hatte ihr wahres Gesicht gezeigt.

Bundeswehr

Ausbildung für Faschisten aus Chile

Im Rahmen eines „Internationalen Aktionstages" an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg wird auch der chilenische Offizier Helmut Kraushaar einen Vortrag halten. Kraushaar ist einer der vielen Angehörigen der Armee faschistischer und reaktionärer Regimes, die in der Bundeswehr ausgebildet werden.

Kraushaar ist Offizier der chilenischen Armee, an deren Händen das Blut zahlloser ermordeter Patrioten und Revolutionäre klebt und in deren KZs heute noch über 10 000 politische Gefangene eingekerkert sind und gefoltert werden. Kraushaars Ausbildung und sein Auftreten in Hamburg sind Bestandteil der „brüderlichen Hilfe" des westdeutschen Imperialismus für das chilenische faschistische Regime, zu dessen besten Stützen nach dem amerikanischen Imperialismus auch vor allem die westdeutschen Imperialisten zählen. Mit der Ausbildung solcher Elemente wie Kraushaar zeigen die westdeutschen Imperialisten offen ihre Feindschaft gegenüber dem chilenischen Volk. Und wenn Bundesverteidigungsminister Leber aus diesem Anlaß erklärte, Kraushaar und seinesgleichen seien hier, um „die Streitkräfte eines demokratischen Staates kennenzulernen", so ist das nun wirklich der reinste Zynismus. Denn die Bundeswehr ist beileibe keine „demokratische" Armee, sondern eine imperialistische Armee, dazu da, die Werktätigen unseres Landes zu unterdrücken und Aggressionen gegen andere Völker und Nationen zu verüben. Dies zeigen nicht zuletzt die Enthüllungen eines ehemaligen Angehörigen der Kampftruppenschule Hammelburg der Bundeswehr. Er, wie auch Angehörige der Sixt-von-Armin-Kaserne in Wetzlar, berichten von Folterlehrgängen im Rahmen ihrer Ausbildung. Spezialeinheiten der Bundeswehr wurden dabei u. a. darin unterrichtet, Gefangene zum Reden zu bringen, indem sie ihnen mit einem Handtuch die Luft immer mehr abdrosseln, bis sie kurz vor dem Ersticken sind usw. Helmut Kraushaar dürfte sich in der Bundeswehr wie zu Hause fühlen.



Die faschistische chilenische Armee im Einsatz gegen das Volk.

Atomkraftwerk in Esenshamm

Gefahren verschwiegen

In Esenshamm an der Unterweser wird zur Zeit eines der größten Atomkraftwerke der Bundesrepublik gebaut. Um den Protest der Bevölkerung gegen diesen Bau von vornherein möglichst klein zu halten, verschwiegen die zuständigen Behörden von Anfang an das Ausmaß der wirklich mit dem Bau des Atomkraftwerks verbundenen Gefahren.

Das beginnt damit, daß verschwiegen wurde, daß bei einem möglichen Unfall auch die Stadt Bremen mit ihren 6-700 000 Einwohnern zum Katastrophengebiet zählen würde. Es geht weiter damit, daß beim Bau des Kraftwerks nicht einmal die Bestimmungen des Atomgesetzes eingehalten worden sind. So sind für den Reaktor 193 Brennelemente vorgesehen, die aus Bündeln von je 236 Brennstäben bestehen. Die nach dem Atomgesetz vorgeschriebene Überprüfbarkeit dieser 45 548 Brennstäbe ist durch ihre Bündelung nicht möglich. Ob sie undicht sind, kann erst dann festgestellt werden, wenn es schon zu spät ist. Damit ist die wichtigste aller „Sicherheitsbarrieren" nicht eingehalten worden.

Doch es kommt noch schlimmer. In einem Leserbrief an die „Bremer Nachrichten" wird aufgedeckt: „Welchen Belastungen jeder dieser rund 45 000 einzelnen Brennstäbe ausgesetzt ist, zeigen folgende Daten: Die mit Uranbrennstoff gefüllten, etwa 4m langen Stäbe haben eine Wandstärke von nur 0,7 mm. Sie muß einen Druck bis etwa 150 atü und Temperaturen von 600 bis 2 500 Grad Celsius aushalten und



Die Bauern demonstrieren gegen den Bau des Atomkraftwerkes Esenshamm.

das bei einem hochaggressiven Inhalt. Etwa 1 200 Nuklide werden darin erzeugt, u. a. eine tägliche Gesamtmenge von etwa 2 600 Gramm Plutonium, eine der giftigsten Substanzen der Erde. Ein 50millionstel Gramm davon kann bereits Lungenkrebs auslösen. Plutonium ist noch nach Millionen Jahren gefährlich."

Aber das ist noch nicht alles. Der äußere Betonpanzer des Atomkraftwerkes hat eine Dicke von 60 cm. Nach genauen Berechnungen müßte er jedoch ca. 500 cm dick sein, um alle Eventualfälle. wie z. B. Flugzeugabstürze auszuhalten. Selbst wenn man einen Flugzeugabsturz für unwahrscheinlich hält, muß man außerdem noch berücksichtigen, daß in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerkes eine Raketenabschußbasis der NATO stationiert ist und eine zusätzliche Gefahrenquelle für das Atomkraftwerk bildet.

Von all dem wußte die Bevölkerung in Esenshamm und Umgebung bis jetzt nichts. Mehr noch, sie weiß nicht einmal, wie sie sich in einem Katastrophenfall verhalten soll usw. Die Kapitalisten, die Elektrokonzerne AEG und Siemens stört das wenig. Für sie geht es einzig und allein darum, am Bau und durch das Betreiben von Atomkraftwerken Höchstprofite an sich zu raffen. Die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung zählen dabei nicht.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/ML

Verlag G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00—465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911
Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00; Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91). Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

VERANSTALTUNGEN MIT VERTRETERN DES PAC:

Frankfurt:
Am 25. 6. im Bürgerhaus Sindlingen, Beginn 19 Uhr.

München:
Am 26.6. in der Gaststätte „Holzkirchen", Brudermühlstr. 2 Beginn: 19.30 Uhr.